Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 118. Mittag-Ausgabe. Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Freitag, den 10. März 1876.

Deutschland.

0. C. Landtags-Verhandlungen.

23. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. März.

11 Uhr. Am Ministertische Falk, Achenbach, Ministerialdirector Weishaupt, Geh. Räthe Rapmund, Knerk, Dahrenstädt u. A.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort Abg. von Czarlinski, indem er sich auf ein dem Hause zugegangenes Schriftstück von Großgrundbesitzern der Provinz Westpreußen bezieht, welche gegen seine Aeußerung vom 25. Februar protestiren und erklären, daß sie die Sendung des Regierungs-Commissars Rex zur Ueberwachung der polnischen Agitationen mit großer Befriedigung aufgenommen hätten. Er habe durchaus nun nicht behauptet, daß seine Auffassung von der ganzen Provinz getheilt werde, daß sie aber in weiten Kreisen getheilt werde, gehe aus einem Artikel der „Danziger Zeitung" vom 26. Februar hervor, der in Bezug auf jenen Regierungs-Commissar bemerkt: „Wir bekämpfen gleichfalls energisch die uns früher von der Regierung und ihren Organen aufgepäppelten Sonderbestrebungen unserer Landsleute polnischer Zunge, aber wir haben eine Abneigung gegen Alles, was nach Geheimpolizei und dergleichen schmeckt."

Das Haus setzt die **Budgetberathung** mit dem **Etat der Eisenbahnverwaltung** fort.

Beim Titel 2 des Capitel 22 (Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn „Hauptkassen- und Bureaupersonal" referirt Abg. Dr. Hammacher über zahlreiche Petitionen von Eisenbahnbeamten. Ueber eine Petition der Schaffner um Einkommensverbesserung und Verlängerung der Kündigungsfrist beantragt die Budgetcommission Uebergang zur Tagesordnung, da der jetzige Zeitpunkt mit Rücksicht auf die allgemeine Finanzlage der ungeeignetste sei für die Aufbesserung der Gehälter. Auch müsse man berücksichtigen, daß die Beamten der Staatsbahnen besser gestellt seien, als die der Privatbahnen.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich erkenne an, daß die geringen Einnahmen zur äußersten Sparsamkeit auffordern, doch muß ich erklären, daß am wenigsten bei dem Personal gespart werden darf. Dagegen sprechen einmal allgemeine Gründe, dann aber der Umstand, daß dem Personal so viel an Gütern und Menschen anvertraut und von denselben so viel verlangt wird. Die große Verantwortlichkeit und die hohen Anforderungen, die man an jene Beamten stellt, verlangen, daß dafür angemessene Gegenleistungen gewährt werden. Ich wünsche ferner, daß diese Beamten eine größere Kündigungsfrist bekommen; die Privatbahnen werden sich dann diesem Vorgehen anschließen müssen. Ich beantrage daher, die Petition der Regierung zur Berücksichtignung zu überweisen.

Abg. Berger wünscht eine Erhöhung der Gehälter, gleichzeitig aber eine Verminderung des Beamtenpersonals. Ein sehr wunder Punkt sei leider der, daß die Staatsbahnen genöthigt seien, Militäranwärter in großer Masse anzustellen, ohne Rücksicht darauf, ob dieselben hinreichend qualificirt sind für den Dienst. Es werde damit ein unsichtbares Militärbudget neben dem sichtbaren geschaffen, das sich jeder Controle von Seiten des Landtags entziehe. Sehr interessant sei die Statistik über die Höhe der persönlichen Ausgaben; nach derselben betrügen dieselben für Staatsbahnen 7,7 pCt., für Privatbahnen mit Staatsverwaltung 6,6 pCt., für Privatbahnen mit Privatverwaltung dagegen nur 5,8 pCt. der gesammten Ausgaben; somit stellten sich die persönlichen Ausgaben bei den Staatsbahnen bedeutend höher als bei Privatbahnen, eine Thatsache, die bei der großen Eisenbahnfrage, die das Haus demnächst beschäftigen werde, näher erörtert werden könne.

Regierungscommissar Ministerialdirector Weishaupt weist darauf hin, wie schwierig eine allgemeine Vergleichung der Ausgaben bei den verschiedenen Eisenbahnen sei und sucht auf Grund officieller statistischer Ziffern über die einzelnen Bahnen nachzuweisen, daß die Staatsbahnen in Bezug auf die Ausgaben sich durchaus nicht schlechter stellten als die Privatbahnen.

Handelsminister Dr. Achenbach beklagt das Verfahren des Hauses, der Regierung fortwährend Resolutionen zu überweisen, die sich in den verschiedenen Jahren oft direct widersprächen. Durch Ueberweisung solcher Petitionen „zur Erwägung" wälze man die Last auf die Schultern des Ministers, und erzeuge unnöthigerweise Unruhe unter den Beamten, deren Bitterkeit sich dann gegen den Minister richte. Wenn man eine Erhöhung des Gehaltes für nöthig halte, so möge man auch den Muth haben, dies in dem Beschluß offen auszusprechen. Er seinerseits könne nach den stattgehabten Untersuchungen und den in England angestellten Ermittelungen, wo die Gehälter dieser Beamtenkategorien niedriger seien als bei uns, keinerlei Bedürfniß zu einer Erhöhung der Besoldungen anerkennen.

Abg. Berger vertheidigt das Haus gegen den Vorwurf der Inconsequenz, der von Seiten des Ministers in Bezug auf die Beschlüsse desselben über Petitionen gemacht worden. Das Haus habe seiner Zeit gern dem Vorschlage der Regierung auf Einführung der Wohnungsgeld-Zuschüsse zugestimmt, aber andererseits auch unberechtigte Petitionen stets zurückgewiesen.

Das Amendement Windthorst wird hierauf abgelehnt, der Antrag der Commission auf Tagesordnung angenommen.

Es folgt eine Petition von Zugführern um Erhöhung ihres Einkommens, namentlich des Wohnungsgeld-Zuschusses.

Referent Dr. Hammacher weist auf die verantwortliche Stellung der Zugführer hin, sowie darauf, daß zu derselben nur die tüchtigsten, energischsten und pflichttreuesten Beamten verwendet werden können, und beantragt Namens der Budget-Commission, die Petition, soweit dieselbe die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses betreffe, der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Dr. Petri befürwortet diesen Antrag. Das Haus tritt demselben bei, dagegen geht es über eine Reihe anderer Petition von Eisenbahntelegraphisten, Wagenmeistern, Stationsassistenten, Stationsvorstehern zweiter Klasse, Canzlisten, Betriebs- und Eisenbahnsecretären auf Antrag der Commission ohne Discussion zur Tagesordnung über.

Tit. 2 selbst wird bewilligt, ebenso ohne Debatte Tit. 1—11.

Bei Tit. 15 (Miethe für fremde Wagen) beschwert sich Abg. Windthorst (Meppen) über die gegenwärtige Methode der Heizung in den Personenwagen. Auf den Zügen nach Köln und nach Frankfurt findet die Heizung in der Weise statt, daß ein Gefäß mit Preßkohlen unter den Sitz geschoben wird. Dadurch entsteht aber ein Kohlendunst, der besonders in der Nacht bedenklich ist, wo man nicht genügend aufpassen kann, wann etwa die Fenster zu öffnen sind. Wenn man im gewöhnlichen Leben eine peinliche Lage schildern will, so sagt man: ich sitze auf Kohlen. Hier aber muthet uns die Regierung zu, daß wir ganze Strecken weit auf Kohlen sitzen sollen. (Heiterkeit.) Ich bitte den Minister dringend, uns sehr bald aus dieser peinlichen Lage zu befreien.

Regierungscommissar Ministerialdirector Weishaupt: Es existiren verschiedene Methoden der Heizung von Coupés; praktisch zur Anwendung kommt insbesondere die Dampfheizung und die durch Preßkohle; eine jede Methode hat ihre Vorzüge und Mängel. Peinlich und gesundheitsschädlich wird die Heizung durch Kohle nur dann, wenn die Kohlenbehälter undicht sind. Die Staatsregierung hat indeß Anordnung getroffen, daß die Dichtigkeit der Behälter überall untersucht und festgestellt werde.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich halte entschieden die Dampfheizung für die bessere und wünsche, daß die Heizung mit Preßkohlen ohne Weiteres abgeschafft werde. Auf meinen Reisen habe ich die Behälter immer undicht gefunden, und mir wenigstens sind, wenn man eine andere Heizung in Anwendung bringt, kalte Coupés noch lieber, als die durch Kohlen geheizten.

Der Titel wird genehmigt.

Zu Tit. 17: „Steuern, Communalabgaben und öffentliche Lasten" spricht Abg. Hammacher den dringenden Wunsch aus, daß die Regierung sobald als möglich dem Landtage eine Vorlage über die Regulirung der Communalbesteuerung bezüglich der Eisenbahnen vorlege.

Handelsminister Achenbach: Es ist diese Materie bekanntlich eine außerordentlich schwierige. Die Regierung ist damit beschäftigt, eine Gesetzesvorlage zur Regelung der Communalbesteuerung auszuarbeiten. Die Vorbereitungen sind ihrem Abschlusse nahe und wird der Gesetzentwurf, wenn auch nicht mehr in dieser, so doch bestimmt in nächster Session dem Hause vorgelegt werden.

Die Position wird bewilligt.

Zu Cap. 25 („Westfälische Bahnen") beantragt Abg. Berger: die königliche Staatsregierung aufzufordern: 1) bei Feststellung der speciellen Pläne für die durch das Gesetz vom 17. Juni 1874 genehmigte Eisenbahn von Dortmund nach Oberhausen resp. Sterkrade nebst Zechenzweigbahnen thunlichst die Mitbenutzung der vorhandenen Eisenbahnlinien zu sichern und zu diesem Zwecke eventuell die §§ 27 ff. des Gesetzes vom 3. November 1838 in Anwendung zu bringen, auch nöthigenfalls diese Gesetzesbestimmungen auf Grund der gewonnenen Erfahrungen einer sachgemäßen Reform zu unterziehen; 2) spätestens bei Eröffnung des Betriebes auf der laut Gesetz vom 17. Juni 1874 auszuführenden Eisenbahn von Dortmund nach Oberhausen resp. Sterkrade den Sitz der Direction der Westfälischen Staatseisenbahn von Münster nach einem Orte des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes zu verlegen.

Nach Befürwortung des Antrages durch die Abgg. Hammacher und Berger erklärt die Regierung sich mit dem ersten Theil desselben einverstanden, während sie über den zweiten sich noch eine weitere Erwägung vorbehalten müsse.

Abg. Lasker hält es für äußerst bedenklich, die hochwichtige Frage, ob die Verwaltung centralisirt werden oder local bleiben solle, bei diesem Anlaß zu entscheiden; das Haus werde noch in dieser Session Gelegenheit haben, die Sache principiell zu behandeln.

Abg. Berger zieht hierauf die Nr. 2 seines Antrages zurück. Die Nr. 1 desselben wird vom Hause angenommen.

Zu Cap. 27 („Hannoversche Bahnen") richtet der Abg. Lauenstein die Anfrage an die Regierung, in welchem Stadium sich die Angelegenheit des Elbbrückenbaues zu Hohnstorf befinde.

Handelsminister Achenbach: Die Verhandlungen hierüber werden in kurzer Zeit zu einem endgiltigen Abschluß gediehen sein und sind bereits alle Vorbereitungen zur Inangriffnahme des Baues getroffen.

Die Positionen dieses Capitels werden genehmigt.

Zu Cap. 32 Tit. 4 („Zinszuschüsse für die Hinterpommersche Eisenbahn") beschwert sich Abg. von Wedell-Malchow über die mannigfachen Mißstände, denen das Publikum bei der Berlin-Stettiner Bahn ausgesetzt sei und legt der Regierung dringend ans Herz, zu erwägen, ob es nicht der einzig richtige Weg sei, um aus den Schwierigkeiten herauszukommen, daß der Staat möglichst bald diese Bahn übernehme, sei es im Wege des Abkommens mit der Berlin-Stettiner Gesellschaft oder auf eine andere Weise.

Abg. Schmidt (Stettin) bedauert, den ungerechtfertigten Vorwürfen des Vorredners gegen die erwähnte Bahn nicht sachlich entgegentreten zu können, da diese Vorwürfe nach keiner Richtung hin präcisirt seien. Ganz ungerechtfertigt sei es daher, aus denselben ein Motiv zum Ankauf der Bahn durch den Staat herzuleiten.

Abg. von der Goltz: Wenn Jemand eine Reise thut, so kann er was erzählen. (Sehr wahr! Heiterkeit.) In dieser Lage bin ich der Berlin-Stettiner Eisenbahn gegenüber, wenn auch meine Erlebnisse keineswegs angenehmer Natur waren. Bekanntlich ist der Eisenbahndamm zwischen Stettin und Alt-Damm durchbrochen. Als ich am letzten Sonntag nach Hinterpommern reisen wollte, wurde mir am Schalter die bestimmte Zusicherung gegeben, daß der Verkehr nicht unterbrochen sei und ich bekam hier ein durchgehendes Billet bis Schivelbein. In Stettin angekommen, erfuhr ich zunächst, daß die Wagen nach Damm bereits seit einer Stunde abgegangen seien. Wir mußten somit eine geraume Zeit warten, erhielten aber die bestimmte Zusage, daß der nächste Zug in Damm auf die von Stettin kommenden Personen warten und sie weiter befördern werde. In Damm aber mußten wir es richtig erleben, daß der Zug nach Schivelbein 20 Minuten vor unserer Ankunft abgegangen war. Ich telegraphirte an die Direction nach Stettin, welche erwiderte, wir müßten die Nacht in Damm bleiben und würden am nächsten Morgen befördert werden. Der Bahnhofsinspector in Damm, der den Zug zu früh hatte abgehen lassen, erklärte, als ich das Beschwerdebuch von ihm verlangte, das könne er nicht vorlegen; denn es könnten darin unmotivirte Beschwerden eingetragen werden. (Große Heiterkeit.)

So, meine Herren, habe ich zu dieser Reise, die ich in fünf Stunden zurückzulegen gedachte, 26 Stunden gebraucht. Eine derartige Wirthschaft und ein solches Benehmen der Beamten kann ich nur als eine Mißhandlung und grobe Rücksichtslosigkeit gegen das Publikum bezeichnen. (Sehr wahr!) Solche Dinge werfen eine Signatur auf das Privatbahnwesen überhaupt. (Widerspruch links.) Man sollte meinen, daß das Reichseisenbahnamt dazu da wäre, derartigen Mißständen abzuhelfen; aber von der Thätigkeit dieses Instituts merkt das große Publikum spottwenig. Das Einzige, was von seiner Thätigkeit lautbar geworden ist, war die Tariferhöhung. Ich kann mich dem Wunsche des Abg. von Wedell nur anschließen, daß der Staat möglichst bald diese gesammte Bahn übernehmen möge; denn der Unterschied zwischen der Verwaltung dieser Privatbahn und einer Staatsbahn ist mir recht fühlbar geworden, als ich meine Rückreise auf der Ostbahn hier machte.

Abg. Lasker: Ich habe lebhafte Sympathie mit den Erlebnissen des Vorredners; aber für den großen Grundsatz, daß wir alle Privatbahnen ankaufen müßten, können sie doch nicht maßgebend sein. Wenn jede Bahn es in ihren Händen hätte, durch möglichst schlechte Behandlung des Publikums das Parlament zu ihrem Ankauf zu bestimmen, dann wären alle Privatgesellschaften mit einem Male aus ihrer Noth. (Heiterkeit.) Wir werden ja später Gelegenheit haben, diese Frage gründlich und nach allen Richtungen zu erwägen.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich kann die Ausführungen des Abg. Lasker nur billigen und muß die Behauptung, daß die Rücksicht für das Publikum auf den Staatsbahnen eine größere sei, bestreiten. Ich habe selbst zwei Mal auf Bahnen, die unter Staatsaufsicht standen, den Fall erlebt, daß die Axe in Gluth war und habe nur dadurch das Ausrangiren des Wagens erreicht, daß ich an den Minister Achenbach zu schreiben drohte. (Heiterkeit.) Will man eine musterhafte Administration sehen, dann sehe man die Administration und das Personal der Köln-Mindener Bahn, bei der dies besonders im Gegensatz zu den Rheinischen Bahnen auffällt. Ich wünschte nur, daß auf allen Bahnen in dieser Weise gehandelt würde. Dann aber muß ich die Anklagen gegen das Reichseisenbahnamt zurückweisen. Obgleich ich gegen die Einrichtung dieses Amtes aus wohlbekannten Gründen war und noch bin, so muß ich doch constatiren, daß dasselbe auf etwaige Beschwerden in der bereitwilligsten Weise Rücksicht nimmt und wirklich nützlich thätig ist. Man muß dabei natürlich berücksichtigen, daß dieses Amt nicht weiter gehen kann, als seine Competenz reicht.

Die Positionen dieses Capitels werden hierauf genehmigt.

Zu Cap. 33 (Centralverwaltung und Eisenbahncommissariate) beschwert sich Abg. Kalle über die häufigen in letzterer Zeit durch zu langen Gebrauch der Schienen entstandenen Achsenbrüche, sowie über die schlechte Heizung der Personenwagen.

Ministerialdirector Weishaupt hätte gewünscht, daß diese Beschwerden einzeln der Staatsregierung zur Prüfung unterbreitet worden wären, da die Behauptungen ohne erbrachten Beweis nicht als feststehend betrachtet werden könnten.

Abg. Kalle erklärt, er sei zur Vorbringung der Beschwerden im Hause veranlaßt worden durch die Klagen über den mangelnden Einfluß des Reichs-Eisenbahnamtes, den er stärken wolle.

Die Titel 1 bis 5 werden bewilligt.

Zu Tit. 6 (Eisenbahncommissariate 100,275 M.) wünscht Abg. Lipke, daß die Eisenbahncommissariate von den Directionen getrennt werden, da beide Aemter in einer Hand vereinigt Unzuträglichkeiten verursachten.

Sämmtliche Titel der dauernden Ausgaben werden bewilligt.

Beim Extraordinarium Capit. 10 Tit. 10 (Westfälische Bahn) weist Abg. Schulz (Biedenkopf) darauf hin, daß der Bau von Eisenbahnen auf die Arbeiterverhältnisse in den Gebirgsgegenden den wohlthätigsten Einfluß übe und bittet den Handelsminister, die Prüfung der Vorarbeiten für die durch die Kreise Wittgenstein und Biedenkopf zu bauende Bahn beschleunigen zu wollen.

Beim Extraordinarium für die Ostbahn macht Abg. Berger geltend, daß das glänzende Resultat des Mehrüberschusses von 22,300,672 M. in dem Gesammt-Etat der Eisenbahnen für das Jahr 1876 aus dem Minderansatz der extraordinären Ausgaben resultire und daß die wohlwollenden Absichten des Handelsministers für Unterhaltung der Baulichkeiten und Neubauten namentlich an der Ostbahn von dem Finanzminister vereitelt worden seien.

Handelsminister Dr. Achenbach entgegnet, daß sich auch die Ausgaben des Handelsministeriums nach der allgemeinen Finanzlage des Landes richten müssen, daß die ausgesetzten Beträge genügen und daß bei der Ostbahn die Anlage neuer Stationen nur durch die Verhandlungen mit den Betheiligten verzögert worden sei.

Sämmtliche Titel des Extraordinariums werden genehmigt und damit ist der Etat der Eisenbahnverwaltung erledigt.

Hierauf vertagt das Haus um 3 Uhr die Fortsetzung der Etatsberathung bis Freitag 10 Uhr (Etat der Cultusministeriums).

Berlin, 9. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Obersten z. D. Martelleur, bisher Bezirks-Commandeur des 2. Bataillons (Fulda) 2. Thüringischen Landwehr-Regiments Nr. 32, und dem Obersten z. D. Pabst, bisher Bezirks-Commandeur des 1. Bataillons (Darmstadt I.) 1. Großherzoglich Hessischen Landwehr-Regiments Nr. 115, den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reichs den früheren Consul in Marseille, A. Tettenborn, zum Consul des Deutschen Reichs in Smyrna ernannt.

Das Consulat der Republik Chile in Frankfurt a. M. ist aufgehoben und das dem Consul Seckel ertheilte Exequatur erloschen.

Berlin, 9. März. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute militärische Meldungen, sowie die Vorträge des Kriegsministers, Generals der Infanterie von Kameke, und des Chefs des Militärcabinets, Generalmajors von Albedyll, entgegen.

Beide kaiserliche Majestäten besuchten gestern Ihre kaiserliche Hoheit die Herzogin von Edinburgh und dinirten heute mit den hohen Gästen bei Ihren kaiserlichen und königlichen Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin.

Ihre Majestät die Kaiserin-Königin wohnte der Vorstandssitzung des Frauen-Lazareth-Vereins bei.

Heute Abend findet im königl. Palais eine musikalische Soiree statt.

Ihre kaiserlichen und königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin begaben sich gestern Vormittags 10 Uhr 20 Minuten zum Empfange Sr. königlichen Hoheit des Herzogs und Ihrer kaiserlichen Hoheit der Herzogin von Edinburgh nach dem Lehrter Bahnhofe und geleiteten Ihre höchsten Gäste nach dem kronprinzlichen Palais, woselbst Höchstdieselben während Ihres hiesigen Aufenthalts Wohnung genommen haben. (Reichs-Anz.)

⊙ **Berlin**, 9. März. [Die neue Städteordnung. — Für die Ueberschwemmten. — Trigonometrische Arbeiten.] Die neue Städteordnung, zu deren Vorlage die höchste Ermächtigung ertheilt ist, wird, was die gegenseitigen Rechte und Pflichten der Gemeinde-Behörden, der Einwohner und Bürger der Stadtgemeinden betrifft, den bestehenden Organismus der städtischen Gemeinde-Verwaltung in allem Wesentlichen aufrecht erhalten. Von den Bürgern der Stadtgemeinde wird nach wie vor die Gemeindevertretung gewählt, dabei soll an dem Drei-Klassen-System festgehalten werden, jedoch wird nach dem Vorgange des Reichswahlgesetzes statt der Stimmabgabe zu Protokoll die Stimmzettelwahl eingeführt. Ebenso wird nach wie vor der Gemeindevorstand (Magistrat) aus der Wahl der Stadtverordneten-Versammlung hervorgehen. Es wird hierbei an dem Bestätigungsrechte des Staates bezüglich der vorwiegend auch zur Wahrnehmung der örtlichen Geschäfte der allgemeinen Landes-Verwaltung berufenen Bürgermeister und Beigeordneten festgehalten, dagegen hinsichtlich der wesentlich nur mit communalen Functionen betrauten Magistratspersonen auf das Bestätigungsrecht verzichtet. Als die Hauptaufgabe der Städteordnung ist die Regelung der künftigen Zuständigkeit der Bezirks- und Provinzialräthe, sowie der Verwaltungsgerichte zu betrachten. Den letzteren werden die Streitsachen überwiesen, in denen es hauptsächlich um angeblich verletzte, aus den Bestimmungen der Städteordnung herzuleitenden Rechte handelt. Unter Aussonderung dieser Fälle wird an Stelle des Regierungs-Collegiums dem Regierungspräsidenten, in höherer und höchster Instanz dem Oberpräsidenten und dem Minister des Innern, die Aufsicht über die Verwaltung der städtischen Gemeindeangelegenheiten, namentlich auch der örtlichen Polizei übertragen. Dem Bezirksrathe ist hierbei eine mitwirkende Beschlußfassung insoweit eingeräumt, als es sich darum handelt, die städtischen Behörden innerhalb ihres communalen Wirkungskreises zu beschränken. Gegen die Beschlüsse des Bezirksraths wird die Beschwerde an den Provinzialrath eröffnet. Größere Städte mit mehr als 50,000 Einwohn. werden direct der Aufsicht des Oberpräsidenten resp. des Provinzialraths unterstellt werden können. Der Geltungsbereich der Städteordnung wird auf die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen beschränkt. Diesem Geltungsbereich werden auch Neuvorpommern und Rügen angeschlossen. — Der Kaiser hat in einem eigenhändigen Schreiben an den Minister des Innern seine lebhafte Theilnahme für die von der Ueberschwemmung Betroffenen ausgesprochen und zur Abhilfe des Nothstandes 20,000 Mark aus seiner Schatulle überwiesen. — Auch in diesem Jahre werden trigonometrische Feldarbeiten von Seiten des Generalstabes in fast sämmtlichen Provinzen der Monarchie stattfinden. Es sind für die topographischen Vermessungen die Regierungsbezirke Marienwerder, Cöslin, Frankfurt, Bromberg, Magdeburg, Erfurt, Kassel und die Landdrostei Hildesheim in Aussicht genommen.

[Sr. M. Schiff „Victoria"] hat am 17. Januar cr. St. Thomas verlassen und ankerte am 20. dess. Mts. auf der Rhede von La Gueira, besuchte von hier aus die Inseln Orchilla, Los Roques und Gran Roque, traf am 8. Februar cr. wieder vor La Gueira ein, beabsichtigte am 9. dess. Mts. nach Puerto Cabello zu segeln, von hier aus die Untersuchung der Ensenade de San Juan vorzunehmen, demnächst Curaçao anzulaufen und Anfang März cr. wieder in Puerto Cabello zu sein. An Bord Alles wohl.

Sternberg, 9. März. [Der mecklenburgische Landtag] ist heute Mittag durch Verlesung des Schwerin'schen und Strelitz'schen Landtagsabschiedes geschlossen worden.

Mainz, 8. März. [Adresse.] Dem „Mainzer Journ." zufolge hat die am 16. v. M. in Mainz abgehaltene Generalversammlung des Vereins der Deutschen Katholiken nachstehende Adresse an den Papst gerichtet:

„Heiligster Vater! Durch Dein erhabenes Beispiel ermuntert, durch Deine

Worte belehrt und von Deinem Segen begleitet, hat der Verein der Deutschen Katholiken seine Kräfte der Vertheidigung der Freiheit und Rechte der Kirche, so wie der Geltendmachung der christlichen Grundsätze auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens gewidmet. Er hat aber auch stets den aufrichtigen Willen gehabt, bei seinen Bestrebungen, die für die politischen Vereine erlassenen Gesetze zu beobachten, und er glaubt diesem Willen entsprechend gehandelt zu haben. Aber umsonst; durch Urtheil des höchsten politischen Gerichtshofes zu Berlin ist unser Verein für ganz Preußen geschlossen worden. Dies hat uns genöthigt, den Verein auch für die übrigen Theile Deutschlands aufzulösen. Mit dieser Auflösung der Form aber entsagen wir keineswegs dem Ziele unseres Strebens. „Nicht verborgen und vereinzelt wie sonst, sondern offen und mit vereinten Kräften sehen wir auf Erden den Krieg erneuert, der einst im Himmel geführt wurde. Gewiß ist es dieselbe Fahne, welche heute wie ehedem von beiden Seiten entfaltet wurde“ So lauten die Worte, mit denen Du, Heiliger Vater, in Deinem letzten Schreiben d. d. 11. October 1875 den Charakter des heiligen Kampfes gezeichnet hast. Es sind nicht Einzelne nur, welche diesen Kampf gegen Gott und seine heilige Kirche führen; es ist der Unglaube, welcher in fortschreitender Entwickelung unsere Gesellschaft durchdrungen hat, unser öffentliches Leben seit Hunderten von Jahren beherrscht, und im unversöhnlichen Gegensatze zur Wahrheit seine Schaaren gegen die Kirche Gottes in den Kampf treibt. Leider sehen wir in unserem Lande noch keine Zeichen der Umkehr, denen wir vertrauen oder aus denen wir Hoffnung schöpfen könnten. Aber mit froher Zuversicht vertrauen wir auf die Hilfe unseres Herrn Jesu Christi, der unserer Kirche seinen heiligen Beistand für alle Zeiten versprochen hat; mit froher Zuversicht vertrauen wir auf die bewunderungswürdige Festigkeit und Weisheit, mit der Du, als unfehlbarer Lehrer und oberster Richter, die christliche Gesellschaft leitest; mit froher Zuversicht vertrauen wir auf die apostolische Standhaftigkeit und Aufopferung unserer Bischöfe und die unvergleichliche Hingabe unserer Priester; mit froher Zuversicht endlich erfüllt uns die Einigkeit und Treue des katholischen Volkes, an der bisher alle Angriffe der Gegner machtlos abprallten. Heiligster Vater! Es ist der feste Wille des katholischen Volkes in Deutschland, das wissen und bezeugen wir, in der Einigkeit und in der ihm durch Gewissen und Glauben vorgeschriebenen Treue gegen die Kirche und gegen Dich, ihr Oberhaupt, auszuharren und fest geeint die Vertheidigung der Kirche, der Rechtsordnung und der natürlichen Freiheit fortzusetzen, bis die irregeleiteten Völker zur Wahrheit zurückkehren und, indem sie in Dir den von Gott bestellten Beschützer ihrer Freiheit erkennen, Ruhe und Frieden wieder finden. Damit das aber durch die Kraft des göttlichen Herzens Jesu und die Hilfe der unbefleckt empfangenen Gottesmutter geschehen möge, bitten wir, zu Deinen Füßen, heiliger Vater, hingeworfen, Dich um Dein Gebet und Deinen Segen.“

München, 8. März. [Der Expositus in Putzbrunn] bei München erklärte in einer öffentlichen Predigt seinen Zuhörern, daß er im Krankheitsfalle einer Civil und nicht kirchlich getrauten Person die Sterbesacramente verweigere und daß, wenn eine solche mit Tod abginge, sie der Schinder abhole. Der Expositus stellte ferner eine Vergleichung an zwischen sich und dem dortigen Bürgermeister, der zugleich als Standesbeamter fungirt. Er selbst sei ein gelehrter Mann und habe mehrere Sprachen studirt, wie aber könne denn der Bürgermeister Jemanden trauen, der selbst nicht mehr könne und sei als ein Gemeindestier. Wegen dieses Auftretens soll der Expositus von seiner geistlichen Behörde in Untersuchung gezogen und mit Unterbringung in einer Bußanstalt auf einige Monate beahndet worden sein.

Oesterreich.

** **Wien,** 8. März. [Aus den Landtagen. — Die Chatouille des Kaisers. — Baron Rodic und die Insurgenten.] Zu den voraussichtlichen Anträgen von Bedeutung in den Landtagen habe ich noch Einen nachzutragen: Jedenfalls werden die Jungczechen in Prag eine Abänderung der Wahlordnung zu Gunsten der Slaven beantragen. Denkbar ist es immerhin, daß sie auch in diesem Punkte irgend einen Erfolg davontragen: denn daß die bestehenden Wahlgesetze und Eintheilungen der Wahlkreise ihnen Unrecht thun, leugnet Niemand. Unter Schmerling schon wurde 1863 dieser Antrag im böhmischen Landtage gestellt und nur mit 130 gegen 70 Stimmen verworfen, weil sehr viele Deutsch-Böhmen der Ansicht waren, es sei besser, ein kleines Unrecht zu saniren, als dem Gegner das Recht zu begründeter Klage über Vergewaltigung zu geben. Der Casus ist nur der: wir müssen erst wissen, daß wir nicht mit jedem Acte der Billigkeit gegen die Czechen einen Schritt zur Vergewaltigung der Deutsch-Böhmen und zur Auslieferung der Monarchie an den Concordats-Grafen und Consorten thun. Bis dahin ist und bleibt es einfach Sache der Nothwehr, im Prager Landtage für eine deutsche Majorität zu sorgen. Zum Selbstmorde zwingt Niemanden auch das strengste Gerechtigkeitsgefühl: darum wäre es Don Quijoterie, aus bloßer Billigkeit gegen die Czechen die Deutschen der Gefahr eines neuen Sprachenzwang-Gesetzes, neuer Fundamental-Artikel, und das Reich einem neuen Concordate, neuen Rothfrack-Ständen auszusetzen. Bedeutsam war noch in Graz die Eröffnungsrede des Landeshauptmanns von Kaiserfeld insofern, als er offen erklärte, der wirthschaftliche Niedergang sei wohl noch nicht auf „der letzten Stufe“ angelangt: deshalb sei die Aufgabe eines Volksvertreters um so dornenvoller, als ihm seine Pflicht dennoch aufgiebt, die unvermeidlichen Opfer den Wählern aufzuerlegen. Das stimmt nun zwar nicht so ganz zu Baron Depretis: „es wird bald besser werden“. Aber auch Kaiserfeld warnte dringend vor „entnervendem Pessimismus“, der das Gleichgewicht auf Kosten der productiven Kräfte sucht und wegen des Druckes der Gegenwart das Recht der Zukunft aus dem Auge verliert. Wenn also Kaiserfeld noch im Abgeordneten- und nicht im Herrenhause säße, würde er nicht mit der Majorität votirt haben in Sachen der Mährischen Grenz- und Dux-Bodenbacher Bahn. — Politiker, die immer das Gras wachsen hören, wollten durchaus tiefere Gründe dahinter suchen, als der Kaiser vor etwa neun Monaten einer Deputation erklärte, die Einladung zur Eröffnung der Czernowitzer Universität nicht annehmen zu können, weil die durch die dalmatinische Reise angegriffene Privatchatoulle Sr. Majestät nicht sogleich eine Tour durch Galizien und die Bukowina gestatte. Nun aber hat der Monarch auch einer Deputation des Musikvereins gegenüber die relative Erschöpfung der Privatchatouille durch Spenden für die Ueberschwemmungen als Motiv angeführt. weshalb er den Verein nicht so reichlich unterstützen kann, wie er gern möchte. War dabei auch die haute-politique im Spiele? — Im „Tagblatt“ liegt jetzt das aus Suttorina, 26. Februar, datirte Manifest, womit die vier Insurgentenführer die Aufforderung des Generals Rodic, die Waffen niederzulegen, beantwortet, seinem vollen Wortlaut nach vor. Es schließt sehr melodramatisch: „wirkliche Unabhängigkeit oder den Tod!“ Trotz der „ewigen Dankbarkeit“ gegen Oesterreich enthält es aber recht bitter verhetzende Stellen gegen den Nachbarstaat, dem die Flüchtlinge aus Bosnien und der Herzegowina nun schon an 2 Millionen gekostet heben. „Unsere Brüder, das edle Blut der Wojwodina, wachen Tag und Nacht für unsere Freiheit . . . aber bei der herrischen Niederhaltung dieses Volkes, in dessen Mitte ein Miletic lebt, können wir ihm nichts sagen.“ Sehr freundlich für Ungarn! Dann wird weiter verlangt, daß die Serben den Wojwodina in dem „verwandten Serbien“ putschen sollen, bis ein „verjüngtes Serbien“ sich im Verein mit Montenegro entschließt, „das vergossene Blut zu rächen“. Das sieht noch nicht sehr nach Pacification aus!

Italien.

Rom, 5. März. [Zu den Wechselfälschungen] schreibt man der „K. Ztg.“: Nach dem „Pungolo“ von Neapel wäre der Oberst Bagnasco, dessen Name in die Fälschungs-Angelegenheit königlicher Wechsel verflochten war, trotz der seine Unschuld erweisenden Aussagen des Marchese Mantegazza, vom Kriegsminister zur Disposition gestellt worden und gehörte nicht mehr zu dem militärischen Gefolge des Königs. Man wundert sich vielfach darüber, wie König Victor Emanuel trotz der ziemlich hohen Civilliste, welche beispielsweise die der Königin von England übersteigt, sich so häufig in Geldverlegenheiten befinden könne, denn daß diese Geldverlegenheiten chronisch sind, ist schon seit geraumer Zeit kein Geheimniß mehr. Als König von Sardinien hatte Victor Emanuel 4 Millionen jährlich; nach dem Anschlusse der Lombardei, der Herzogthümer und Toscanas wurde die Civilliste auf 10½ Millionen, nach der Einnahme des Königreichs Neapel und des nördlichen Kirchenstaates gar auf 16¼ Millionen erhöht (was jedoch im Verhältniß der Einwohnerzahl thatsächlich eine Verminderung von 95 auf 75 Centesimi auf den Kopf bedeutete). Davon gab der König 1864 und 1866 freiwillig 4 Millionen auf, um sein Theil zur Minderung der Staatsausgaben beizutragen; seine Civilliste beläuft sich demnach heute auf 12¼ Mill. Auch erhielt er vom Parlamente von 1867 bis 1871 in drei Raten 12,800,000 Lire außerordentliche Bewilligungen, theils um die rückständigen Schulden zu zahlen, theils um sich in Rom einzurichten. Ende vorigen Jahres war die Verwaltung der Civilliste jedoch von Neuem in der Lage, das Parlament um eine Million Zuschuß angehen zu müssen. Die Schuld, daß auch diese Zuschüsse die Geldverlegenheiten der Civilliste nicht dauernd zu beseitigen vermochten, liegt wohl in den überaus hohen Unterhaltungskosten der zahlreichen königlichen Paläste und Landgüter. König Victor Emanuel besitzt wie die schönsten so auch die zahlreichsten fürstlichen Wohnungen der Welt. Freilich nicht aus Liebhaberei und nach eigenem Wunsche, denn nach der Entthronung der depossedirten Fürsten mußte die Instandhaltung dieser zahlreichen Villen und Paläste doch mit in den Kauf genommen werden. Es giebt kaum eine Stadt, selbst zweiten und dritten Ranges auf dem Festlande und Sicilien, wo sich nicht dergleichen königliche Besitzungen befänden. Auch besteht eine Anzahl überzähliger Hofchargen aus den Zeiten der Kleinstaaterei her, welche nicht ohne Weiteres aus Brot und Amt entfernt werden konnten. König Victor Emanuel lebt — einige noble Passionen abgerechnet — für seine Person äußerst einfach und mäßig. Nur bei besonderen Gelegenheiten, fürstlichen Besuchen, Reisen an fremden Höfen und dergleichen liebt er es, eine ungewöhnliche Pracht zu entfalten, um hinter Niemandem zurückzubleiben. Warum übrigens Mantegazza, nachdem er den Betrag der gefälschten Wechsel eincassirt hatte, nicht ins Ausland, etwa nach Corfu ging, da die griechische Regierung keine Auslieferungs-Verträge abschließt, bleibt noch immer ein Räthsel. Vielleicht befand er sich nur in augenblicklicher Geldverlegenheit und gedachte die Wechsel vor dem Verfalltage wieder einzulösen.

[Betrügereien.] In der Marine-Verwaltung des Departements Neapel sollen großen Betrügereien entdeckt worden sein. Der Zahlmeister, Capitän Minali, hätte sich danach nicht weniger als 385,000 Lire unerlaubter Weise angeeignet.

[Cassationshof.] Am 4. d. fand im Pompejussaale des Palastes Sciarra die Eröffnung des Cassationshofes von Rom statt. Die Regierung und das Parlament haben einstweilen beschlossen, zwei Cassationsabtheilungen in Rom einzurichten und denselben die höchste Entscheidung über Civil- und Criminalprocesse anheimzustellen, so wie sie auch in einigen Specialfragen als oberstes Schiedsgericht entscheiden zu lassen. Der Justizminister hielt eine beifällig aufgenommene Rede, deren Schwerpunkt in der Erklärung lag, daß er im Princip für einen einzigen und allerhöchsten Cassationshof für ganz Italien sei und daß die Einrichtung des neuen Cassationshofes zu Rom als der erste Schritt zur Erreichung dieses Zieles zu betrachten sei.

Großbritannien.

A. A. C. **London,** 7. März. [In der gestrigen Sitzung des Unterhauses] kündigte Sir H. D. Wolff an, er werde am 17. März eine Adresse an die Krone beantragen, in welcher Ihre Majestät gebeten werden solle, solche Schritte zu thun, die sie in den Stand setzen würden, im Verein mit ihren Alliirten und mit gehöriger Berücksichtigung der Rechte der hohen Pforte und des Khedive von Egypten sowie der Interessen der Actionaire der Suez-Canal-Gesellschaft die Neutralität und die Aufsicht über den Suez-Canal unter die Vorschriften und Garantien des Völkerrechts zu stellen. Cartwright stellte sodann seine bereits mitgetheilte Anfrage an die Regierung betreffs der Ernennung eines englischen Commissärs für die projectirte egyptische Nationalbank, worauf der Premier-Minister erwiderte: „Es ist wahr, daß Ihrer Majestät Regierung ein Vorschlag gemacht wurde, einen Commissär zu ernennen, der als Beisitzer des Directoriums einer in Egypten zu etablirenden Bank, welche den Zweck hat, die Emission einer egyptischen Anleihe zu erleichtern, figuriren solle, aber nach eingezogenen Erkundigungen fanden wir, daß dies commercielle Beziehungen zwischen dem projectirten Institut und Ihrer Majestät Regierung involviren würde, und wir lehnten es natürlich ab. (Hört, hört!) Wäre ein Vorschlag gemacht worden, daß ein Commissär ernannt werde, der gewisse Zweige der Einkünfte empfangen und dieselben zur Tilgung der Schuld verwenden solle, so würde derselbe in Erwägung gezogen worden sein.“ Der Sprecher nahm hierauf das Wort und erinnerte das Haus daran, daß in letzter Session nach vieler Discussion eine Resolution zur Annahme gelangte, wonach die „Fremden“ in den Gallerien nicht entfernt werden könnten, bevor sich nicht das Haus über den darauf hinzielenden Antrag geäußert habe. Als in der Freitagssitzung ein Mitglied auf die Anwesenheit von „Fremden“ aufmerksam machte, hätte er den Antrag dem Hause im Einklange mit dem Wortlaut dieser Resolution unterbreitet Er wünsche indeß darauf aufmerksam zu machen, daß die Resolution diese Session nicht erneuert worden und folglich nicht eine ständige Regel des Hauses geworden sei. Disraeli bemerkte, er würde die Angelegenheit in Kurzem zur Sprache bringen. Dann wurde die Berathung über die Regierungsvorlage zur Beschaffung des Kaufschillings für die Suez-Canal-Actien fortgesetzt. Der Schatzkanzler erklärte, die Summe (4,080,000 Pfd. Sterl.) würde durch Creirung von 3½ procentigen Schatzbonds aufgebracht werden. Die Bonds würden nicht auf den Markt gebracht, sondern bei den Sparbanken placirt werden. Dodson billigte das Princip der projectirten Methode zur Aufbringung des Geldes. Zwischen Gladstone und dem Premier-Minister kam es hierauf wieder zu einem kurzen aber scharfen Waffengange wegen der Veröffentlichung der mit dem Vermerke „privatim und vertraulich“ versehenen Briefe Sir Daniel Lange's, weshalb derselbe bekanntlich seines Postens als englischer Director der Suez-Canal-Gesellschaft enthoben wurde. Gladstone tadelte deswegen die Regierung sehr strenge und forderte sie auf, ihren neu erworbenen Einfluß in der Suez-Canal-Gesellschaft dazu zu verwenden, um die Wiedereinsetzung Lange's in sein früheres Amt herbeizuführen. Herr von Lessep's habe durch die plötzliche Entlassung Lange's wahrscheinlich zeigen wollen, daß er trotz der Theilnehmerschaft Englands am Suez-Canal noch immer Herr in seinem Hause sei. Disraeli erwiderte, Sir Daniel Lange hätte sich bisher bei der Regierung über die Veröffentlichung seiner Briefe nicht beschwert. Uebrigens trugen zwei seiner Briefe, und zwar die wichtigsten von allen, nicht den Vermerk „privatim und vertraulich“, und es wurde im Interesse des öffentlichen Dienstes für nothwendig erachtet, den gesammten Schriftwechsel zu veröffentlichen, um dem Lande eine complette Geschichte der Vorverhandlungen über die Suez-Canal-Transaction zu liefern, aber vor der Veröffentlichung der Briefe Langes sei die Einwilligung des Earls von Granville dazu eingeholt worden. Der Marquis von Hartington bestritt, daß Lord Granville die Verantwortlichkeit für die Publication der Depeschen übernommen habe, und nachdem noch Lowe seine Mißbilligung über die Veröffentlichung der Briefe Lange's wegen ihrer vertraulichen Natur ausgedrückt, wurde die Vorlage in dritter Lesung angenommen und an das Oberhaus gesandt. Im weiteren Verlaufe der Sitzung nahm die seit dem 2. d. vertagte Erörterung über das Armee-Budget ihren Fortgang. Zuvörderst wurde ein von Sir W. Lawson gestelltes Amendement: daß in der Meinung dieses Hauses das Interesse der Nation eine größere Ausgabe für das Landheer nicht erheische, discutirt und, nachdem es vom Kriegsminister mit wenigen Worten beanstandet worden, mit 192 gegen 129 Stimmen verworfen. Hierauf suchte Prase die Verminderung der Stärke des Heeres um 10,000 Mann zu erreichen, doch wurde im Laufe einer längeren Debatte, an welcher sich hauptsächlich militairische Fachleute betheiligten, sein Amendement derartig bekämpft, daß er es selber zurückzog. Sodann wurden die für den Sold und Unterhalt von 132,884 Mann erforderlichen Beträge sowie mehrere andere Positionen des Armee-Etats bewilligt.

[In der gestrigen Sitzung des Oberhauses] beantragte Lord Stratheden und Campbell die Vorlegung von Copien des türkischen Reform-Firmans, sowie der Note des Grafen Andrassy, und der Earl von Morley stellte den Antrag, daß auch Copien der Antwort des britischen Cabinets auf die österreichische Note sowie der anderen durch letztere veranlaßten Noten und Depeschen dem Parlament vorgelegt würden. Lord Derby erwidert unter Anderem: „Der edle Earl (Morley) wünscht zu wissen, welcher Art die in Folge des jüngsten Schriftwechsels entstandenen Verbindlichkeiten seien. Er sagt mit vollem Recht, daß wir den Vorschlägen der Note des Grafen Andrassy eine allgemeine Unterstützung gewährt haben und daß wir mit einigen Vorbehalten der Pforte die Annahme dieser Note ans Herz legten. Dies ist unzweifelhaft der Fall gewesen, aber ich glaube, der edle Earl führte sein Argument etwas weiter, als er gethan haben sollte, als er sagte, daß, weil wir dies gethan, wir demnach jede Erklärung in dieser Note indossirt und uns dafür verantwortlich gemacht hätten. Das ist nicht der Fall. Wir hatten nichts mit dem Abfassen dieser Note zu thun. Wir sahen sie erst, nachdem sie abgefaßt worden, und es handelte sich dann thatsächlich darum, welches Verfahren wir in deren Beantwortung einschlagen sollten, da diese Note, welcher Art auch unser Verfahren sein dürfte, der Pforte überreicht und von den drei Großmächten unterstützt werden würde. Zwischen den zwei Alternativen der Annahme oder Verwerfung zögerten wir nicht zu sagen, daß es die Pflicht und das Interesse der Pforte sei, dieselbe zu acceptiren. Wir ertheilten ihr demgemäß diesen Rath, aber außerdem sind wir keine Verpflichtungen eingegangen. Was unsere alten Vertragsverbindlichkeiten anbelangt, so sind wir jetzt ganz ebenso frei wie früher in einer solchen Weise zu handeln, als es unsere Pflicht und die Umstände des Falles erheischen mögen . . . . Ich bin gewiß, Ew. Lordschaften werden nicht wünschen, daß ich mich in Abwesenheit der nachgesuchten Schriftstücke auf weitere Einzelheiten einlasse. Diese Schriftstücke sind in Vorbereitung und hoffentlich wird es in Kurzem in meiner Macht stehen, dieselben auf den Tisch des Hauses zu legen. Der Fall steht jetzt so: Die Pforte hat die Note des Grafen Adrassy mit einigen Vorbehalten acceptirt, aber welche Vorbehalte nicht unvernünftig zu sein scheinen. Weder Rußland noch Oesterreich wünschten sich in die Angelegenheiten zwischen der Pforte und ihren Unterthanen zu mischen, aber sie befürworteten unzweifelhaft gewisse Reformen, welche dazu beitragen würden, jede weitere Vergrößerung des Aufstandes zu verhindern. Ich glaube aufrichtig, daß die Pforte die Note in Treu und Glauben acceptirt hat, um diesen Zweck zu fördern.“

[Die „Franconia“-Affaire.] Bei der gestern fortgesetzten Verhandlung vor der Todtenschau-Jury in Poplar wurde zuvörderst Emil Kortische, der Ober-Ingenieur der „Franconia“, vernommen. Er bekundete, seine Maschinen zwei Minuten vor dem Stattfinden der Collision gestoppt zu haben. Die „Franconia“ lief damals 8¾ Knoten die Stunde. Es befanden sich sechs Pumpen an Bord und diejenigen im Vorderraum arbeiteten eine halbe Stunde lang nach der Collision. Er ordnete die Verbindung sämmtlicher Pumpen an, ehe er die Größe des angerichteten Schadens kannte. Die verspürte Erschütterung war sehr unbedeutend und beunruhigte ihn gar nicht und das Schiff fuhr weiter, stoppte aber dann drei oder vier Mal etwa 6 Minuten lang, ehe es endgiltig weiter dampfte. Er sah den Capitän eine Minute vor der Collision auf dem Verdeck, sprach aber nicht mit ihm. Zu dieser Zeit wurde ein Mann nach vorne gesandt, um nachzusehen, was dem Schiffe für Schaden zugefügt worden. Er verspürte durchaus nichts Ungewöhnliches in dem Maschinenraum, als das Schiff nach den Downs dampfte. E. H. Meyer, der erste Offizier der „Franconia“, überreichte das Log der Reise, das, wie er bemerkte, 24 Stunden nach der Collision verfertigt wurde. Mr. Straight, der Vertreter der englischen Regierung, hielt es für nutzlos, das Log als Beweismittel beizubringen, da es nicht unwahrscheinlich nach einer Unterhaltung mit dem Capitän verfertigt worden sei. Mr. Cohen, einer der Vertreter der Hamburg-Amerikanischen Gesellschaft, bemerkte, daß die Vertreter des „Strathclyde“ darnach gefragt hätten. Mr. Clarkson, der Anwalt des Besitzers und Capitäns der „Strathclyde“, erklärte, er verzichte nun auf die Vorlegung des Logs, nachdem eingeräumt worden sei, daß es nach der Collision verfertigt wurde. Robert Stein, der zweite Ingenieur, bestätigte die Aussagen des ersten Zeugen. Zeuge hatte den seinem Schiffe zugefügten Schaden untersucht und dem Capitän berichtet, daß der Bug beschädigt worden und daß das Schiff ein wenig leck sei. Er befand sich zwei Minuten nach der Collision auf dem Verdeck, konnte aber nicht sagen, ob das Schiff zur Zeit vorwärts oder rückwärts ging. Es befand sich um diese Zeit eine halbe Meile von dem „Strathclyde“ entfernt. Nach seinem Dafürhalten war der seinem Schiffe zugefügte Schaden sehr bedeutend, da das Wasser über seine Stiefeln rann, als er sich über den angerichteten Schaden vergewissern wollte. Frederik James Asch, ein englischer See-Architect, sagte aus, er hätte den der „Franconia“ zugefügten Schaden untersucht. Wenn das Collisionsschott nachgegeben hätte, würde das Schiff untergegangen sein. Die Pumpen würden nutzlos gewesen sein. Das Collisionsschott war so ausgezackt, daß nach seinem Ermessen gute Gründe für die Annahme vorhanden waren, daß es nachgeben würde. Nachdem noch Georg Westphal, der Hochbootsmann, bestätigt, daß den Personen auf dem „Strathclyde“ Taue zugeworfen und andere Rettungsanstalten getroffen wurden, wurde die Untersuchung bis zum Mittwoch vertagt, um wahrscheinlich am Donnerstag zum Abschluß gebracht zu werden.

[Lohnherabsetzung.] In einer Versammlung der Kohlengruben-Besitzer von Süd-Yorkshire und Nord-Derbyshire wurde beschlossen, die Löhne der Arbeiter um 15 Procent herabzusetzen. Diese Maßregel betrifft etwa 25,000 Arbeiter und wird von denselben wahrscheinlich heftig beanstandet werden.

Provinzial-Zeitung.

—d. **Breslau,** 9. März. [Breslauer Consum-Verein.] Der Vorsitzende, Rittergutsbesitzer Oelsner, eröffnete die am 8. d. Mts. im großen Saale des Café restaurant abgehaltene und von ca. 250 Personen besuchte ordentliche Generalversammlung mit der Mittheilung, daß im vergangenen Jahre 12 Verwaltungsrathssitzungen und jede Woche 2 Directionssitzungen stattgefunden haben. An den stattgehabten 50 Revisionen — 23 ordentliche und 27 außerordentliche — haben sich die Verwaltungsrathsmitglieder rege betheiligt. Außerdem haben Revisionen des Lagers und der Bäckerei durch die Direction stattgefunden. Geschäftsführer Sachs giebt hierauf den bereits mitgetheilten Geschäftsbericht und bemerkt dabei, daß die Einnahme in den beiden ersten Monaten dieses Jahres im eigenen Geschäft um 66,000 M. in die Höhe, im Markengeschäft dagegen um 5000 M. gegen die gleiche Zeit im Vorjahre heruntergegangen sei. Zum mitgetheilten Bericht bemerkt zuerst Herr Weise: Es wird gerügt, daß die Mitglieder ihr Guthaben so schnell immer wieder zurückziehen. Er (Redner) möchte fragen, warum ist das Grundstück auf der Sternstraße nicht mit 5procentigen Hypotheken belastet? Wäre dies der Fall, so käme das Geld hierfür dem Geschäft zu Gute. Der Vorsitzende erwidert: Der Verein ist mit seinen Unternehmungen noch lange nicht zu Ende. Derselbe wird, da er jetzt ganz in die Hände der Müller gegeben ist, noch eine Mühle erwerben müssen; der Vorstand denke immer noch wieder an die Errichtung einer eigenen Fleischerei oder auch einer Brauerei (Gelächter). Das ist gar nicht lächerlich, wenn man bedenkt, daß der Verein nach Errichtung des Bierverkaufs im Monat Februar allein 33,350 Flaschen Bier verkauft hat. Es werden also zur Zeit noch viele Hypotheken aufzunehmen sein. Herr Hübenet: Zur Errichtung und zum Betriebe einer Mühle gehören praktische Leute. Der Verein könnte hierbei ebenso nachtheilige Geschäfte machen, wie ehemals bei der Fleischerei. Der Nutzen der Bäckerei bestehe darin, daß in diesem Jahre weniger Brote verkauft sind, als voriges Jahr. Der Vorsitzende bemerkt, daß der geringere Umsatz ein unwesentlicher und erklärlich ist, weil das Brot im vergangenem Jahre zum ersten Male nach festem Gewicht verkauft wurde. Einzelnen Mitgliedern muß noch Gelegenheit gegeben werden, bei Bäckern das Brot gegen Marken zu kaufen, weil der Verein noch nicht über die ganze Stadt verbreitet ist. Bezüglich einer Anfrage über die auswärtigen Lager berichtet der Vorsitzende, daß Sacrau und Schönborn gute Geschäfte machen, während bei den anderen Lagern die Erfolge noch erst abgewartet werden müssen. Herr Schlesinger frägt, ob es sich nicht, wie in Heinrichau, auch für Breslau empfehlen sollte, daß je ein Verwaltungsraths-Mitglied ein bestimmtes Lager speciell unter seiner Beaufsichtigung habe. Der Vorsitzende erwidert, daß diese Einrichtung bereits bestehe. Es soll übrigens noch der Name des Revisors im Verkaufslocal angeschlagen werden. Außerdem sei in jedem Verkaufslocal ein Beschwerdekasten angebracht, welcher die Mitglieder der Mühe überhebe, ihre Beschwerden im Geschäftslocal auf der Sternstraße anzubringen. Ein Mitglied tadelt die nicht immer gute Qualität der Waare und meint, daß, wenn einzelne Speceristen auf den Thaler 3 Sgr. Rabatt gewähren, im Verein, wo doch nur gegen baare Bezahlung gekauft werde, immer gute Waare sein müsse. Der Vorsitzende erwidert u. A., daß die beste Widerlegung das Wachsthum des Vereins sei, welcher gegenwärtig der größte nicht nur in Deutschland, sondern auf dem Continente ist. Herr König ersucht den Vorstand, die Lagerhalter zu

sauberer und ordentlicher Haltung der Läger anzuhalten. Der Vorsitzende findet das Gesuch gerechtfertigt und sagt Abhilfe zu, wo sie nöthig ist. Herr **Michalke** vermißt eine Specialisirung der großen Verwaltungsausgaben. Herr **Sachs** erwidert, daß diese Ausgaben nicht zu groß erscheinen, wenn man sich den Apparat vorstelle, mit dem der Verein arbeiten müsse. Redner giebt die diesbezüglichen näheren Angaben. Herr **Rosemann** bittet den Vorstand, künftig ein größeres Local für die ordentliche General-Versammlung zu wählen. Der Vorsitzende verspricht, diesen Wunsch zu erfüllen. Lehrer **Mittelhaus** frägt, warum das Markenverhältniß des Vereins zur Tuchhandlung **Friedenthal** gelöst sei. Der Vorsitzende erwidert, daß diese Firma selbst die Lösung herbeigeführt habe. Stadtrath **Rahner** giebt hierauf den Bericht über die Revision der Kassen- und Buchführung, welche Alles in bester Ordnung gefunden hat. Die Versammlung ertheilt die Decharge. Die Dividende ist somit auf 7 pCt. festgestellt und kann morgen schon die Auszahlung beginnen. Es entspinnt sich eine längere Debatte über den Modus der Auszahlung, um den massenhaften Andrang des Publikums zur Kasse zu verhindern. Es wird der vorjährige Modus beibehalten und die Bitte ausgesprochen, daß diejenigen, welche die Dividende nicht nothwendig brauchen, mit der Erhebung einige Tage warten, damit erst die Aermeren befriedigt werden können. Hierauf bemerkt der Geschäftsführer **Sachs**, von Böswilligen werde der Versuch gemacht, die Lagerhalter zu verleiten, an Nichtmitglieder zu verkaufen. Da nun die Lagerhalter streng angehalten sind, nur an Mitglieder zu verkaufen, so werden diejenigen Mitglieder, welche vom Lagerhalter als solche nicht gekannt werden, gut thun, ihr Mitgliedsbuch mitzunehmen. Raths-Secretär **Maisel** berichtet sodann über die Revision des Rechnungs-Abschlusses des hiesigen Consum- und Sparvereins. Derselbe hat nach Abkommen mit dem Consum-Verein nicht über 8 pCt. Dividende an seine Mitglieder gezahlt. Der Miethsvertrag ist unter den bisherigen Bedingungen vom 1. October d. J. auf drei Jahre verlängert worden, so zwar, daß es dem Consumverein freisteht, die gemietheten Keller und Wohnungsräume jeder Zeit aufzugeben. Redner empfiehlt die Genehmigung des Vertrages, welche erfolgt. Die im vergangenen Jahre in den Verwaltungsrath cooptirten Mitglieder Drechsler **Geis** und Wirthschafts-Inspector **Jänsch** werden von der Versammlung bestätigt. Nach dem folgenden Bericht des Geschäftsführers **Sachs** sind bei der Direction im vergangenen Jahre 21 Beschwerden eingegangen. Sie bezogen sich u. A. auf Mindergewicht beim Brot. Herr **Sachs** erklärt, daß so viel Teig genommen werde, daß das Brot ausgebacken 4 Pfd. wiege. Je älter freilich das Brot werde, desto mehr verliere es durch Austrocknung an Gewicht. Andere Klagen sind über mangelhaftes Gewicht eingegangen. Die Beweise dafür aber sind nicht erbracht worden. Nur in einem Falle konnte mangelhaftes Gewicht constatirt werden. Der Lagerhalter wurde zur Rede gestellt und es ergab sich, daß ein Gehilfe augenscheinlich aus Versehen zu wenig gegeben habe. Wieder andere Beschwerden werden geführt über das Fehlen von Artikeln. Es könne, wie Herr **Sachs** ausführt, vorkommen, daß z. B. Petroleum augenblicklich einmal ausgeht, weil nur eine bestimmte Quantität beim Lagerhalter lagern darf. Die Beschwerden über **Grobheit** der Lagerhalter müssen leider vom Vorstande oft als berechtigt anerkannt werden. Andere Beschwerden richten sich gegen einzelne Artikel ꝛc. Das inzwischen festgestellte Resultat der Neuwahl von Verwaltungsrathsmitgliedern — ein Drittel scheidet jährlich statutengemäß aus — war folgendes. Es sind gewählt: Steindruckereibesitzer **Maul**, Kaufmann Salo **Hahn**, Stadtrath a. D. **Rahner**, Disponent **Neumann**, Ober-Steuer-Controleur **Hammer**, Wirthschafts-Inspector **Jänsch**, Chemiker Dr. **Hulwa**, Apotheker **Kabus** und Major a. D. **von Frankenberg**. Zu Commissionsmitgliedern behufs Revision des Rechnungsabschlusses des hiesigen Consum- und Spar-Vereins (eingetr. Gen.) wurden gewählt: Kaufmann Heinrich **Wolfskehl**, Raths-Secretär **Maisel** und Kaufmann Reinhold **Hänel**.

8 **Guhrau**, 8. März. [Verschiedenes.] Die Kreissteuerkasse hat Seitens der Königl. Regierung bereits Anweisung erhalten, auch für dieses Jahr die Dienstalters-Zulagen an die betreffenden Lehrer auszuzahlen! nach Maßgabe, daß alle diejenigen Lehrer des Kreises, welche im verflossenen Jahre das 22. Dienstjahr überschritten haben, statt der bisherigen 90 Mark — 180 Mark jährlich erhalten, und daß, da seit dem 1. Januar c. die Bedürfniß-Zulagen bis auf Weiteres sistirt sind, diese Dienstalters-Zulagen von diesem Zeitpunkt an unverkürzt, d. h. ohne Anrechnung von 21 respective 45 Mark der Bedürfnißzulage zur Auszahlung gelangen sollen. — In der letzten Plenarsitzung des evangelischen Gemeinde-Kirchenraths und der Gemeinde-Vertretung wurde bezüglich der Veranlagung der Kirchensteuer betreffs der Stadt beschlossen, daß die Staats- und Communal-Beamten nur mit der Hälfte ihrer Klassen- resp. Einkommensteuer heranzuziehen seien. — Am 29. Februar wurde in dem Teiche beim Vorwerk Nieder-Ellguth eine männliche Leiche aufgefunden, welche anscheinend schon sehr lange im Wasser gelegen hatte. Bei dem Ertrunkenen vorgefundene Papiere lauten auf den Handelsmann Anton Müller aus Reisen. — Nach dem vom Kreistage für das laufende Jahr festgesetzten Kreishaushalts-Etat ist zur Deckung der Ausgaben die Summe von 37,190 Mark durch Kreissteuern aufzubringen, von denen auf a. die allgemeine Verwaltung 2250 Mark, b. die Kreis-Wegebau-Verwaltung 28,740 Mark, c. die Kreiskrankenhaus-Verwaltung 6200 Mark entfallen. Die unter b. und c. aufgeführten Steuerbeträge sind vom Landkreise allein zu tragen. — Die Uebersicht der ultimo 1875 in der mit dem Guhrauer Vorschuß-Verein vereinigten Sparkasse befindlichen Einlagen ergiebt die Summe von 323,250 M. 35 Pf. — Zu den berechtigten Eigenthümlichkeiten unserer Stadt gehört die im Beginn des Frühjahrs stattfindende große Düngerfuhre. Da man dieses Geschäft für ein Werk zu halten scheint, welches das volle Tageslicht durchaus nicht zu scheuen habe, so genießt man nicht zu selten bis weit in den Vormittag hinein auf den Straßen der Stadt, vor den Häusern den Anblick recht stattlicher Düngerhaufen und kann sich recht lange an der sauberen Arbeit der Verladung und Fortschaffung derselben erfreuen.

X. **Neumarkt**, 8. März. [Tageschronik.] Gestern wurde der Geburtstag des Turner-Kneip-Warts Scheuler (Wirth im Gasthofe „Zum Kronprinzen") besonders festlich begangen. Früh wurde ihm ein Ständchen Seitens der hiesigen städtischen Stadt-Kapelle gebracht und Abends nach dem Turnen wurde er von den zahlreich anwesenden Turnern in seinem Schanklocale durch Festlied, Ansprache des Turnwarts Ziehbold und durch Gesangs-Vorträge gefeiert. Den Glanzpunkt des Festes bildete eine „Schnitzelbank" und war zu diesem Behufe ein riesiges Bild, à la Bänkelsängerbilder, angefertigt worden, welches die Leiden und Freuden aus dem Leben des Jubilars von Geburt an in seltener Treue und trefflicher Durchführung darstellte und die stürmischen Beifall fand. Herr Scheuler, unser beliebter Kneipwart, war sichtlich von Allem überrascht und hielt die fröhliche Turnerschaar lange um sich versammelt. — Der 2. Jahresbericht der hiesigen Stadt-Sparkasse ergiebt an Interessenten-Kapital und Zinsen 114,200 M. 25 Pf., an Zurückzahlungen 23,523 M. 91 Pf., mithin beträgt das Interessenten-Kapital 90,676 M. 34 Pf. und hat sich im Laufe des Jahres um 55,995 M. 95 Pf. vermehrt.

§ **Striegau**, 8. März. [Städtische Sparkasse. — Vortrag. — Gehaltszulagen für Geistliche. — Zur Fleischbeschau.] Der Rechnungsabschluß der hiesigen Sparkasse pro 1875 liefert einen erfreulichen Beweis für den Sparsinn der städtischen Bevölkerung wie der Einwohnerschaft des Kreises. Die Gesammteinnahme betrug 1,634,856 M., die Ausgabe 365,944 M., so daß ein Einlagenbestand von 1,268,912 M. verbleibt, der theils in Hypotheken auf städtische und ländliche Grundstücke, theils in Rentenbriefen, Eisenbahnobligationrn ꝛc. zinsbar angelegt ist. Der Reservefond erreichte durch Zinsenersparniß einen Zuwachs von 20,000 M. und beträgt z. Z. 105,325 M. — Am vergangenen Montag hielt Realschullehrer Dr. Kroll den letzten der vom wissenschaftlichen Verein angekündigten öffentlichen Vorträge, und zwar „über den Kreislauf des Stoffes in der organischen Natur", wobei die Zuhörerschaft den interessanten Mittheilungen mit gespannter Aufmerksamkeit folgte. — Einer Anzahl evangelischer Geistlicher im hiesigen Kreise sind von Seiten der königlichen Regierung Dienstalterszulagen bewilligt worden, deren Beträge in Höhe von 200—600 M. bei der königlichen Kreissteuerkasse hierselbst zur Auszahlung gelangen. — Seit dem 1sten März v. J. sind im hiesigen Kreise 6150 Schweine geschlachtet worden. Die Kosten der Fleischbeschauer, mittelst welcher nur ein trichinöses Schwein aufgefunden wurde, betragen demnach 6150 M., da die von einzelnen Fleischbeschauern eingeführte niedrigere Taxe zum Zweck der Heranziehung einer zahlreicheren Kundschaft hierbei nicht in Betracht kommt.

K. **Frankenstein**, 8 März. [Verschiedenes.] Nach einem Beschluß des Gauraths vom Mittelschlesischen Gebirgsturngau wird im Sommer d. J. eine Vorturnerversammlung hierselbst stattfinden, welche voraussichtlich eine größere Zahl activer Turner Mittelschlesiens hier vereinigen wird. — In unserem heutigen Wochenblatt ist nachstehende Notiz veröffentlicht, welche wörtlich lautet: Camenz, den 5. März. Es ist ein Nothruf, den wir armen Camenzer hiermit ausstoßen müssen. Möchte er zu den Ohren derjenigen dringen, die Abhilfe für einen schweren Uebelstand herbeizuführen vermögen! Der Weg vom Bahnhof nach unserem freundlichen Ort ist, namentlich jetzt bei der nassen Witterung, in einem schauderhaften, für Fußgänger fast unpassirbaren Zustande. Wie nachtheilig für den Verkehr ein solch miserabler Weg ist, braucht wohl nicht erst hervorgehoben zu werden. Derselbe wird hauptsächlich im Sommer von Tausenden von Fremden passirt, welche von den Herrlichkeiten des Prinzenschlosses und seines reizenden Parkes angezogen werden. Aber selbst bei trockenem Wetter ist der Weg schlecht und wir haben von Seiten der Fremden so manche Verwunderungsausrufe darüber gehört, daß der Weg zu dem prächtigen Fürstenschlosse und der Herrschaft Camenz sich in einem so auffallend traurigen Zustande befindet. Die kleine unbemittelte Gemeinde Camenz kann hierbei wenig thun, so wichtig für sie auch diese Wegefrage ist; aber sie hofft, daß höheren Orts die erwähnte Calamität baldigst geneigte Berücksichtigung findet.

♂ **Rosdzin-Schoppinitz**, 9. März. [Gewitter. — Bürgerverein.] Nachdem vom 5. bis 7. März bei einer Temperatur von durchschnittlich + 3 Grad R. und heftigem Westwind starke Regenschauer mit heiterem Sonnenschein unaufhörlich abgewechselt hatten, zog in der Nacht vom 7. zum 8. März um **Mitternacht** ein **Gewitter** mit mehreren grellen Blitzen und starken Dannerschlägen über unsere Orte, worauf am Morgen des 8ten März bei — 0,5 Gr. R. ein heftiges Schneetreiben ziemlich lange anhielt. — Gestern Abend hielt im Bürgerverein Herr Ortsvorsteher **Reich** einen Vortrag über „unser neues Vormundschaftswesen." Der klare fleißig gearbeitete Vortrag beleuchtete den Zuhörern diesen Vielen noch dunklen Gegenstand und belehrte sie auch namentlich über die Veränderungen in der vormundschaftlichen Vermögens-Verwaltung.

⊙ **Kattowitz**, 8. März. [Der Verein zur Verbreitung deutscher Sprache und deutscher Bildung im Kreise Kattowitz] war zu heut Nachmittag vom interimistischen Vorstande (gebildet aus den Herren: Landrath **v. Berlepsch**, Kreisschuleninspector **Kuznik** und Gymnasial-Director Dr. **Müller**] zu seiner ersten Generalversammlung eingeladen. Es waren eine große Zahl Elementarlehrer und einige Schulinspectoren und andere Interessenten erschienen. Der Landrath, Herr v. Berlepsch, eröffnete die Versammlung mit Skizzirung der Beweggründe zur Bildung wie der Zwecke des Vereins. Der Verein hat den Zweck, die auf die Verbreitung deutscher Sprache und deutscher Bildung hinwirkenden Bestrebungen der königlichen Staatsregierung zu unterstützea und erwartet die Lösung in erster Reihe von den Elementarlehrern des Kreises, denen er zum Zwecke der eigenen Fortbildung wie der Volksbildung eine Bibliothek beschafft. Besonders anerkennenswerthe Leistungen der Lehrer sowohl, als auch der Schüler, sollen prämiirt werden. Ferner sollen Spiel-, Sountags- und Fortbildungsschulen gegründet werden. Tüchtige Schüler sollen nach beendigter Schulpflichtigkeit vom Vereine an große Werkstätten, Bureaus u. dgl. empfohlen werden. Dem Vereine sind bereits namhafte Zuwendungen in Höhe von zusammen rund 4000 Mark und an laufenden Beiträgen von 1200 Mark geworden. In den Vorstand wurden außer den Obengenannten noch gewählt die Herren: Dr. **Friedrich** aus Myslowitz und Lehrer **Seyfried** aus Kochlowitz. Als Remuneration für den Bibliothekar werden 100, für den Kassirer 50 Mark in Aussicht genommen.

T. **Neuberun**, 8. März. Bei dem heutigen stattfindenden starken Westwinde entlud sich um 4 Uhr Nachmittag das erste **Gewitter** mit einem ungewöhnlichen Schneegestöber, wobei eine förmliche Dunkelheit in den Stuben eintrat, es donnerte vier mal heftig, wobei 2 Schläge. Wenn es der Bauernregel nachgeht, daß dem Gange des ersten Gewitters alle übrigen während des Jahres nachfolgen, so dürfte die hiesige Gegend damit stark heimgesucht werden. — Die **Weichsel** ist in ihre Ufer zurückgetreten, jedoch immer noch stark, welches auch noch einige Zeit anhalten wird, weil die Karpathen noch voll Schnee liegen. Die Saaten, welche nicht versandet oder mit Ackerkrume weggeschwemmt sind, scheinen nicht gelitten zu haben, wobei es jedoch von der Witternng abhängt, ob dieselben sich erholen werden.

Handel, Industrie ꝛc.

H. **Breslau**, 8. März. [Handelskammer.] (Schluß.) **Gebühren der Sachverständigen zur Feststellung von Beschädigungen an Eisenbahngütern.** Die Verkehrs-Commission beschäftigte sich im Anschluß an den Bericht über die Eisenbahn-Conferenz vom 25. November pr. mit der Frage, welche Entschädigung die hiesigen Herren Sachverständigen zur Feststellung von Beschädigungen an Eisenbahngütern für ihre Mühewaltung eventuell beanspruchen dürften. Sie hat sich dahin schlüssig gemacht, der Handelskammer zu empfehlen: daß zu dem Protokolle über die Conferenz vom 25. November folgender Vermerk gemacht werde;

1) Auch für die diesseits in Vorschlag gebrachten Sachverständigen zur Feststellung von Beschädigungen an Eisenbahngütern wird eine Vergütigung zu beanspruchen sein und zwar in Höhe von 10 Mark für jeden Sachverständigen und jede Besichtigung.

2) Es erscheint nothwendig, daß die Eisenbahnverwaltung davon Abstand nimmt, beim Incasso der Gebühren sich der Dienste der Handelskammer zu bedienen, da diese sich unmöglich damit befassen könne.

3) Diesseits wird es für richtiger gehalten, die ganzen Besichtigungsgebühren von dem Unrecht behaltenden Theile einzuziehen, als — wie es in Vorschlag gebracht — die Kosten stets gleichmäßig zu theilen.

Referent Stadtrath **Schierer** referirt Namens der Verkehrs-Commission kurz über diese Anträge, denen die Kammer ohne Discussion beitritt.

Publication von Eisenbahntarif-Aendernngen. Am 6. Febr. d. J. befand sich in den hiesigen Zeitungen eine Bekanntmachung, d. d. Breslau, 3. Februar 1876, unterzeichnet von den Directionen der Rechte-Oder-Ufer-, der Breslau-Schweidnitz-Freiburger und der Oberschlesischen Eisenbahn bezüglich des am 1. Februar c. **bereits erfolgten** Inkrafttretens des Nachtrages XVII zum Mitteldeutsch-Schlesischen Verbandtarife vom 15. Februar 1874 (Frachtermäßigungen für Spiritus betreffend). Dieses Inserat war die **erste** und **einzige** Nachricht, welche die Interessenten von den betreffenden Aenderungen in Kenntniß setzte. Noch am 7. Februar war bei den hiesigen Güter-Expeditionen ein Druck-Exemplar des neuen Tarifs nicht zu erlangen. Da nach § 26 Alinea 1 des Eisenbahn-Gesetzes vom 3. November 1838 die Eisenbahnen dergleichen Tarife **sofort** nach der Annahme öffentlich bekannt zu machen haben, dies aber wiederholt und so auch in dem vorliegenden Falle, verabsäumt worden ist, hat die Handelskammer unterm 17. Februar die resp. Bahnverwaltungen ersucht: Anordnung zu treffen, daß in Zukunft alle Tarifänderungen — auch **Tarifermäßigungen** — möglichst schnell und umgehend zur Kenntniß des betheiligten Publikums gebracht werden. Die Köntgliche Direction der Oberschlesischen Eisenbahn erwidert hierauf mittels Schreibens vom 25. Februar, daß sie das hohe Interesse des Handelsstandes an einer pünktlichen Publication aller Tarifänderungen, auch der Tarifermäßigungen, nicht verkenne und sich die thunlichste Beschleunigung solcher Veröffetlichungen angelegen sein lasse. Im vorliegenden Falle konnte die Publication nicht eher, als geschehen, erfolgen, da ihr die betreffenden Tarife erst am 31. Januar c. Seitens der geschäftsführenden Verwaltung der Mitteldeutschen Verbände zugingen. Wir werden, heißt es am Schlusse des Schreibens, Sorge tragen, daß Ausnahmefälle der letzteren Art in Zukunft womöglich ganz vermieden werden.

Die Directionen der Breslau-Schweidnitz-Freiburger und Rechte-Oder-Ufer-Bahn sprechen sich in einer Zuschrift vom 28. Februar in gleicher Weise aus. — Die Kammer nimmt hiervon Kenntniß.

Ausschließung der dringenden Telegramme vom Börsenverkehr. Das Kaiserliche General-Telegraphen-Amt hat unterm 6. d. M. der Handelskammer auf ihre Eingabe vom 17. Januar erwidert, daß die Einführung der sogenannten dringenden Telegramme auf den Bestimmungen des im Laufe des vorigen Jahres von den betheiligten Staaten bezw. Verwaltungen zu St. Petersburg vereinbarten internationalen Telegraphen-Vertrages beruht. Daß hierbei für die telegraphische Börsen-Correspondenz eine besondere Ausnahme und Vergünstigung zu erstatten wäre, ist von keiner Seite als ein Bedürfniß befürwortet worden, vielmehr war die Strömung im Allgemeinen eine entgegengesetzte. Schon aus diesem Grunde befindet sich das General-Telegraphen-Amt nicht in der Lage, dem ausgesprochenen Wunsche zu entsprechen. Allein auch ohnedies würde es nicht zu rechtfertigen sein, zu Gunsten des Börsenverkehrs noch mehr außerordentliche und von den allgemeinen Vorschriften abweichende Maßregeln und Bestimmungen zu treffen, als dies schon bisher geschehen ist. Unzweifelhaft wird die Handelskammer es nicht verkennen, welche hohe Berücksichtigung der Interessen des betheiligten Handelsstandes schon alleiu darin liegt, daß die Börsen der bedeutenderen Börsenplätze während der Börsenzeit durch besondere Telegraphenleitungen direct mit einander in Verbindung gesetzt worden, welche sich hierdurch der Benutzung für den allgemeinen telegraphischen Verkehr entziehen, obschon die Mehrzahl derselben fast nie und fast alle nicht zu jeder Zeit so viel Telegramme zugeführt erhalten, um während der Börsenzeit vollständig ausgenutzt werden zu können. Liegt aber hierin schon eine ganz außergewöhnliche Bevorzugung des auf der Börse verkehrenden Publikums, so könnten Berufungen anderer Telegramm-Aufgeber nicht ausbleiben, bezw. nicht als ungerechtfertigt zurückgewiesen werden, wollte man bei den Börsentelegrammen auch noch die „dringenden Telegramme" ausschließen. Im Gegentheil wird es in Zukunft kaum von der Hand zu weisen sein, zu erwägen, ob nicht, wo die örtlichen Verhältnisse solches gestatten, die dringenden Telegramme, welche nicht den Börsenverkehr betreffen, auch auf dem diesen Verkehr dienenden Leitungen vor den nicht dringenden Börsentelegrammen zur Beförderung zugelassen werden müssen. Im Börsenverkehr handelt es sich auch in den meisten Fällen um Gegenstände von so bedeutendem Werthe, daß dabei die verhältnißmäßig geringe Mehrausgabe für dringende Telegramme kaum in Betracht kommen kann. Haben die in Frage kommenden Geschäfte aber eine so geringe Bedeutung, daß sie diese an sich verschwindende Mehrbelastung nicht zu ertragen vermögen, dann läßt sich auf der anderen Seite auch ihre Dringlichkeit nicht wohl anerkennen und es wird dann auch für sie ohne nachweisbaren Nachtheil bleiben, wenn die sie betreffenden Telegramme erst nach der Beförderung der zur Aufgabe gelangenden dringenden Telegramme abtelegraphirt werden können. Aus allen diesen Gründen befindet sich das General-Telegraphen-Amt nicht in der Lage, die dringenden Telegramme von dem Börsenverkehr ganz oder auch nur theilweise auszuschließen.

Die Verkehrs-Commission, welcher diese Zuschrift zur Vorberathung überwiesen worden, beschloß zu beantragen, es möge die Kammer sich mit denjenigen Börsenplätzen in Verbindung setzen, welche Börsenleitungen haben (Berlin, Hamburg, Posen, Stettin, Frankfurt a. M.), um eine gemeinsame Vorstellung beim Reichstage zu erwirken.

Der Referent der Commission, Commerzienrath **Friedenthal** II., berichtet über die Angelegenheit und trägt den Entwurf einer an die Vorstände der angezogenen Börsenplätze in derselben zu richtenden Zuschrift vor. — Die Kammer ertheilt ihre Zustimmung zur Absendung dieser Zuschrift.

Eisenbahn-Conferenz. Für die Tages-Ordnung der zum 14. Februar c. in Aussicht genommenen gemeinsamen Berathung waren nur vier Anträge angemeldet worden, und zwar ein Antrag der Handelskammer zu **Thorn** wegen freier Fahrt der zu den Berathungen zugezogenen Delegirten auf der Oberschlesischen Bahn, ein Antrag der Handelskammer zu **Posen** wegen Ueberführung von Wagenladungsgütern auf dem Bahnhofe in Posen im Verkehr zwischen der Posen-Kreutzburger und Märkisch-Posener Bahn, ein Antrag der Handelskammern in **Thorn** und **Bromberg** wegen Bewilligung relativ gleicher Frachtsätze für Kohlen und ein Antrag der Handelskammer zu **Breslau**: eine Ueberfuhr vom Güterbahnhofe der Oberschlesischen Eisenbahn nach dem Bahnhofe der Rechte-Oder-Ufer-Bahn einzurichten. Die königl. Direction der Oberschlesischen Eisenbahn bemerkt, daß der erste Antrag der Competenz des Handelsministers unterliege, von diesem aber wiederholt und zuletzt unterm 28. Januar c. abgelehnt worden sei; von einer Wiederaufnahme des Antrages lasse sich also kein Erfolg erwarten. — Wegen des zweiten Antrages ist von der Direction dem Handelsminister bereits Vortrag gehalten, und es erscheint daher, nachdem die Angelegenheit zur Cognition an entscheidender Stelle gebracht ist, eine Discussion hierüber nicht angänglich. — Der dritte Antrag ist bereits von der Direction in Erwägung genommen. — Zu dem letzten Antrage bemerkt die Direction: „Zur Unterstützung dieses Antrages weist die Handelskammer zu Breslau darauf hin, daß eine Einrichtung im Interesse des Publikums wünschenswerth sei, wodurch die Neuaufgabe von Gütern, welche nach unserer hiesigen Station adressirt sind, mit neuem Frachtbriefe nach Stationen der Rechte-Oder-Ufer-Bahn ermöglicht werde. Wir bemerken hierzu vornweg, daß ein derartiger Antrag bisher weder direct bei uns gestellt, noch Seitens unserer Dienststellen zu unserer Kenntniß gebracht ist. Wir sind bereit, dem Antrage stattzugeben und haben dementsprechend schon die einleitenden Schritte gethan. Dabei werden dieselben tarifmäßigen Frachtsätze zur Anwendung kommen, wie sie bei Neuaufgabe auf dem Oderthorbahnhofe nach unseren Stationen in Kraft sind. Wie sehr wir bestrebt sind, die hier bestehende Verbindung mit der Rechte-Oder-Ufer-Bahn zu erleichtern, dürfte daraus hervorgehen, daß wir bereits wegen Einführung des directen Verkehrs via Pöpelwitz auch für Stückgüter in Verhandlungen getreten sind. Desgleichen haben wir den bisher an uns herangetretenen Anträgen auf Ueberfuhr solcher Sendungen, namentlich von Holz und Getreide, welche auf der Oberschlesischen Bahn befördert und demnächst auf dem Oderthor-Bahnhofe zur Abladung gelangen und umgekehrt in allen Fällen entsprochen. Wir glauben hiernach den Antrag der Handelskammer als erledigt ansehen zu können." — Die Direction hat daher von der Einberufung der in Aussicht genommenen Conferenz abgesehen, sie wird aber nicht unterlassen, sobald ausreichendes Material ihr unterbreitet ist, die Anberaumung einer anderweiten Conferenz anzuregen.

Auf Anregung der Verkehrs-Commission, welcher diese Mittheilung der Direction der Oberschlesischen Bahn zur Vorberathung vorgelegen, hat der Vorstand der Handelskammer unterm 4. März c. an die Direction eine Zuschrift gerichtet, in welcher sie erklärt, mit besonderer Befriedigung ersehen zu haben, daß die Direction bereit sei, eine Ueberfuhr von Gütern vom Oberschlesischen Bahnhofe aus nach dem Bahnhofe der Rechte-Oder-Ufer-Bahn gegen entsprechende Gebühr einzurichten und daß die nöthigen vorbereitenden Schritte bereits getroffen wurden. „In letzterer Beziehung", heißt es in dieser Zuschrift weiter, „erlauben wir uns indessen zu bemerken, daß noch am 15. und am 17 Februar c. die Aufnahme eines derartigen Auftrages Seitens der Güter-Expedition der Oberschlesischen Bahn refusirt wurde. Wir können es auch nach den uns anderwärts gewordenen diesbezüglichen Mittheilungen nicht für zutreffend erachten, daß früher niemals der Wunsch nach einer solchen Ueberfuhr-Gelegenheit laut geworden wäre, sondern müssen vielmehr annehmen, daß die königl. Direction Seitens ihrer resp. Dienststellen früher nur nicht mit betreffenden Anträgen oder Benachrichtigungen versehen worden ist und hoffen, daß nunmehr die mit dankenswerther Bereitwilligung in Aussicht gestellte neue Einrichtung definitiv getroffen sein wird." — Die Kammer nimmt von diesen Mittheilungen Kenntniß.

Eisenbahntransport von frischen Häuten. Nach dem Betriebs-Reglement für die Eisenbahnen Deutschlands sollen frische Häute, Fette, Flechsen, Knochen und andere Gegenstände, sofern sie in besonderem Grade übelriechend und ekelerregend sind, bei Einsendungen nur in angemessener Verpackung, unverpackt nur in vollen Wagenladungen zur Beförderung zugelassen werden. — Da trotz dieser Einschränkungen Klagen über Belästigungen und über nachtheilige Einwirkungen auf die Gesundheit des mit derartigen Transporten in Berührung kommenden Publikums laut geworden sind, so kam es in Frage, ob im Interesse der Gesundheitspflege nicht weitere Kautelen geboten erscheinen. In dieser Hinsicht insbesondere wird Seitens des Handelsministers der Erlaß folgender Bestimmungen in Vorschlag gebracht:

a. die Transporte der bezeichneten Gegenstände müssen der Eisenbahn-Güter-Expedition vom Versender angemeldet und zu der von derselben zu bestimmenden Zeit zur Verladung gestellt werden; b. Einsendungen sind, nur in dichten Fässern, Kübeln oder Kisten verpackt, zuzulassen; c. frische Flechsen, frisches Leimleder, sowie die Abfälle von beiden, desgleichen frische Häute dürfen auch bei der Aufgabe in Wagenladungen nur in der zu b. vorgeschriebenen Verpackung angenommen werden; d. die Beförderung aller übrigen, in besonderem Grade übelriechenden und ekelerregenden Gegenstände in Wagenladungen findet in offenen Wagen unter Deckenverschluß statt. Die erforderlichen Decken sind von dem Versender zu stellen; e. die Eisenbahnverwaltungen sind befugt, alle derartigen Sendungen, welche nicht binnen 12 bis 24 Stunden nach Avisirung von Adressaten abgenommen werden, sofort verkaufen oder vernichten zu lassen; f. die Sendungen sind zu frankiren.

Diese Bestimmungen gehen darauf hinaus: den Aufenthalt der Transporte auf den Bahnhöfen thunlichst einzuschränken und der Entwickelung und Ausbreitung gesundheitsgefährlicher Miasmen nach Möglichkeit vorzubeugen. Es ist dem Handelsminister von Interesse, zu erfahren, ob und welche Bedenken vom Standpunkte der an dem Transport der bezeichneten Gegenstände betheiligten gewerblichen und Handelskreise etwa gegen den Erlaß der erwähnten Bestimmungen geltend zu machen, ob und welche anderweite Cautelen im Interesse der Gesundheitspflege ohne sonderliche Beeinträchtigung der gewerblichen Interessen in Vorschlag zu bringen sein möchten, und ersucht der Handelsminister die Kammer, sich darüber gutachtlich zu äußern. Der um seine Meinung befragte Sachverständige, Kaufmann Köbener, findet, daß Beschränkungs-Maßregeln im gesundheitlichen Interesse beim Versandt roher Häute ꝛc. per Eisenbahn in der That nöthig seien und erachtet die in Vorschlag gebrachten Bestimmungen **nicht** als zu hart oder zu drückend, um sie in Berücksichtigung des hiesigen Geschäfts in rohen Häuten, Flechsen ꝛc. einfach anzunehmen.

Der Sachverständige **Remak** erhebt Bedenken gegen die proponirte Verpackung (c). Der Minister würde gut thun, die Expedition der grauen Häute zu befördern und zu erleichtern, weil dadurch das Trocknen der Häute überflüssig werden dürfte, und dies ist im gesundheitlichen Interesse weit wichtiger. Die übrigen Vorschläge sind nach Kaufmann Remak zu bekämpfen.

Der Referent, Syndicus Dr. **Eras**, erörtert die namentlich gegen c. und e. gemachten Einwendungen und schlägt vor, im Sinne seiner negativen Kritik die Vorschläge mit Ausnahme etwa von a. mit allen möglichen Kräften zu bekämpfen. Um jedoch auch positive Vorschläge zu machen, empfehle es sich, dem Minister zur Erwägung anheim zu geben, ob es sich nicht thun lasse, an bestimmten Wochentagen und zu bestimmten Zügen die Beförderung von frischen Häuten ꝛc. auch in Einzelsendungen und unverpackt zuzulassen.

Stadtrath **Schierer** glaubt, daß die gesundheitlichen Verhältnisse in erster Linie stehen müssen. Er empfiehlt, die Angelegenheit zunächst noch der Verkehrs-Commission vorzulegen. Die Kammer tritt diesem Antrage bei.

Petroleum-Lager-Schuppen. Von dem Hausbesitzer **Freitag** wird der Handelskammer der Plan für die Errichtung eines Petroleum-Lager-Schuppens auf dem Grundstück Nr. 85 der Siebenhufener Aecker, für welchen die baupolizeiliche Genehmigung bereits ertheilt ist, mit dem Ersuchen übersendet, das Project der Ausführung entgegenführen zu helfen. Die Verkehrs-Commission empfiehlt, den p. Freitag dahin zu bescheiden, daß die Kammer das Project als ein nutzenbringendes beurtheilt, den Platz für günstig ge-

legen erachtet und im Interesse des Handels wünscht, daß das Project zur Ausführung gelange, daß die Kammer dagegen sich nicht in der Lage befinde, in materieller Weise den Bau des Schuppens zu fördern. Das Directorium der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft, das dem p. Freitag gegenüber sich bereit erklärt hat, die beabsichtigte Herstellung jenes Lagerschuppens nach Möglichkeit zu fördern, will ihren baupolizeilich ebenfalls bereits genehmigten Entwurf zunächst noch nicht ausführen, wenn der p. Freitag spätestens im Mai d. J. den Bau seines Schuppens beginnt und denselben derartig zu fördern, daß dessen Inbetriebnahme zum October c. mit aller Sicherheit zu erwarten steht.

Die Handelskammer tritt dem Vorschlage der Commission bei.

Berlin, 9. März. Ohne jegliche Anregung vollzog sich das heutige Geschäft wiederum sehr schwerfällig und zeigte auch in Bezug auf seine Ausdehnung eine Einschränkung, die sich immer mehr der Grenze nähert, wo überhaupt die Möglichkeit von einem Geschäftsverkehr zu berichten aufhört. Ohne daß das Angebot gerade prädominirte, ließen doch fast sämmtliche Effecten in den Coursen nach und nur für Bankactien und Industriepapiere war die Haltung noch einigermaßen fest. Die internationalen Speculationseffecten hatten gegen gestern etwas niedriger eingesetzt und hielten sich dann in diesem Niveau unter ganz geringfügigen Schwankungen. Keines der Papiere zog die Aufmerksamkeit in hervorragenderem Maße auf sich; Oesterreichische Nebenbahnen blieben unbeachtet. Auch den localen Speculationswerthen schenkte man kein Interesse, nur Dortmunder Union gingen zu ermäßigter Notiz ziemlich lebhaft um. Disconto-Commandit 128,50, ult. 129—9¼—8½, Dortmunder Union 10,90, Laurahütte 60, ult. 60—59½. Ausländische Staatsanleihen wären sehr still und im Allgemeinen matt. — Im weiteren Verlauf besserte sich zwar die Stimmung etwas, doch blieben die Schlußnotirungen trotzdem unter gestrigem Niveau. Russische £-Anleihen fest, dagegen wieder Prämien-Anleihen matt und angeboten, Bodencredit niedriger. Preußische und andere deutsche Staatspapiere fast absolut geschäftslos und kaum verändert. Auch in Eisenbahn-Prioritäten blieben die Umsätze sehr gering. Auf dem Eisenbahnactienmarkte herrschte im Allgemeinen eine gedrückte Haltung, da die wenigen Geschäfte, die hier zur Effectuirung gelangten, fast lediglich aus Realisationsverkäufen entsprangen; besonders waren die schweren Actien vernachlässigt. Nahebahn, Weimar-Gera und Lüttich-Limburger begehrt, Berlin-Dresden steigend. Görlitzer Stamm-Prioritäts-Actien matt und gedrückt. Bankactien gut behauptet, Börsen-Handelsverein steigend, Braunschweiger Bank beliebt, Spritbank Wrede höher, Dessauer und Landesbank lebhaft und steigend. Für Deutsche Nationalbank fehlten trotz des stark gestiegenen Courses Abgeber, Thüringische Bank belebt, Amsterdamer Bank höher, Gewerbebank in ziemlich regem Verkehr. Coburger Credit zu herabgesetzter Notiz rege, Preußische Hypothekenbank durch Realisation etwas gedrückt, Centralbank für Genossenschaft niedriger, Deutsche Bank ebenfalls nachgebend. Industriepapiere meist in fester Haltung. Metropole beliebt. Oranienburger chem. Fabrik und Köpeniker chem. Fabrik belebt und steigend. Oberschlef. Eisenbahnbedarf matt, Görlitzer Eisenbahnbedarf ruhig, Lincke gedrückt. Marienhütte und Lauchhammer gut behauptet, Pluto besser, Victoriahütte sehr fest, Massener und Aplerbecker höher, König Wilhelm und Tarnow. anziehend. Bochumer Phönix und Schlesische Kohlen nachlassend, Gelsenkirchen niedriger. Wechsel fest und steigend, nur Wien matter. — Um 2½ Uhr: Geschäftslos. Credit 308, Lombarden 190½, Franzosen 499½, Reichsbank 159½, Disconto-Commandit 128½, 60er Loose 112¾, Dortmunder Union 10,90, Laurahütte 59¾, Köln-Mindener 100⅞, Rheinische 117⅜, Bergische 82⅝, Rumänen 26. (B.- u. H.-Ztg.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 9. März. Nachm. 2 Uhr 30 M. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204, 95, Pariser Wechsel 81, 37, Wiener Wechsel 176, 30, Böhmische Westbahn 162, Elisabethbahn 141¾, Galizier 172, Franzosen*) 249¾, Lombarden*) 94¼, Nordwestbahn 121¼, Silberrente 62¼, Papierrente 59½, Ruff. Bodencredit 85⅞, Russen 1872 100⅝, Ruff. Anleihe de 82 —, Amerikaner de 1885 100⅛, 1860er Loose 114¼, 1864er Loose 294, 40, Creditact. 153¾, Oest. Nationalb. 783, 50, Darmstädt. B. 111⅝, Brüsseler B. —, —, Berliner Bankverein 79¾, Frankf. Bankverein —, dto. Wechslerbank 79, Deutsch-österreichische Bank 90⅝, Meininger Bank 77¼, Hahn'sche Effectenbank —, Reichsbank 159¼, Continental —, Hess. Ludwigsbahn 102, Oberhessen 71¼, Ungarische Staatsloose 163, 20, do. Schtzw. alte 93⅝, do. neue 92¾, Central-Pacific 92⅞, Türken —, Ung. Ostb.-Obl. II. 65¾. Deutsche Vereinsbank —. Pardubitzer Actien —. Speculationswerthe lustlos, österreichische Silberrente und Prioritäten noch weiter rückgängig.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 154, Franzosen 249¾, Lombarden 95, Galizier —, 1860er Loose —. Oesterreichisch-deutsche Bank —. Reichsbank —.

*) Per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 9. März, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 115¾, Silberrente 62¼, Credit-Actien 153¾, Nordwestbahn —, 1860er Loose —, Franz. 623, Lombarden 236½, Ital. Rente 71¼, Vereinsbank 117¾, Laurahütte 59½, Commerzbank 88⅞, do. II. Emission —, —, Provinzial-Disconto —, Norddeutsche 130¼, Anglo-deutsche 56, Internationale Bank 87, Amerikaner de 1885 96, Köln-Mindener St.-A. 100¾, Rheinische Eisenbahn do. 117¼, Bergisch-Märkische do. 82¼, Disconto 2¾ pCt. — Schwach.

Hamburg, 9. März, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco still, auf Termine ruhig. Roggen loco still, auf Termine ruhig. Weizen pr. März 199 Br., 198 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 203 Br., 202 Gd. Roggen pr. März 144 Br., 143 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 146½ Br., 145½ Gd. — Hafer ruhig. — Gerste matt. — Rüböl flau, loco 63½, pr. Mai 61, pr. Octbr. pr. 200 Pfd. 62. — Spiritus still, pr. März 35, pr. April-Mai 35¼, per Juni-Juli 35¾, per Juli-Aug. per 100 Liter 100% 36¾. — Kaffee ruhig, Umsatz 4000 Sack. — Petroleum fest, Standard white loco 11, 75 Br., 11, 60 bez., per März 11, 60 Gd., per August-December 12, 10 Gd. — Wetter: Wolkig.

Liverpool, 9. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 11,000 Ballen amerikanische, — B. ostindische.

Liverpool, 9. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Williger.

Middl. Orleans 6⁹⁄₁₆, middl. amerikanische 6¼, fair Dhollerah 4³⁄₁₆, middl. fair Dhollerah 3¹⁵⁄₁₆, good middl. Dhollerah 3¾, middl. Dhollerah 3½, fair Bengal 4, good fair Broach 4⅝, new fair Oomra 4¼, good fair Oomra 4⅝, fair Madras —, fair Pernam 6⅞, fair Smyrna 5⅝, fair Egyptian 6⅞.

Antwerpen, 9. März, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen unverändert. Galatz 18½. Hafer stetig. Gerste behauptet, Salonique 16¾.

Antwerpen, 9. März, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 29¾ bez. u. Br., per März 29¾ Br., per April 29½ bez., 29¾ Br., pr. September 30½ Br., per September-December 31 Br. Fest.

Bremen, 9. März, Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standart white loco und pr. März 11, 65, pr. April-Mai 11, 75 bez., pr. Sept-October 12, 25.

Wien, 9. März. [Die Einnahmen der Lombardischen Eisenbahn] (österr. Netz) betrugen in der Woche vom 26. Februar bis 3. März 502,796 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mindereinnahme von 33,991 Fl.

Telegraphische Depeschen.
(Aus L. Hirsch's Telegr.-Bureau.)

Wien, 9. März. Nach Pester Depeschen ist über die Lostrennung des ungarischen Netzes der Südbahn eine principielle Einigung erzielt, und von beiden Regierungen vorläufig ein diesbezügliches Protokoll unterzeichnet worden.

Wien, 9. März. In Folge der nicht mehr zweifelhaften Errichtung einer ungarischen Zettelbank wird die Nationalbank, welche sich bei deren Gründung betheiligt, ihr Actiencapital reduciren und einen Theil des Actiencapitals den Actionären zurückzahlen.

Prag, 9. März. Fürst Auersperg und Finanzminister de Pretis sind hier angekommen, um an den Landtagsberathungen Theil zu nehmen und mit böhmischen Reichsrathsabgeordneten die ungarische Frage zu erörtern.

Konstantinopel, 9. März. Die Pforte unterhandelte wegen einer Anleihe von 1 Million Pfd. Sterling zur Befriedigung der Truppen; die Bankiers wiesen jedoch trotz der ihnen gebotenen 18 Procent Zinsen das Anlehensgeschäft zurück.

Berliner Börse vom 9. März 1876.

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	169,45 bz
do. do.	2 M.	3	168,65 bz
London 1 Lstr.	3 M.	4	20,32 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	4	81,35 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	261,10 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	263,20 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	176,10 bz
do. do.	2 M.	4½	174,20 bz

Fonds- und Geld-Course.

Staats-Anl. 4½% consol.	4½	105,10 bz
do. 4%ige	4	99,40 bz
Staats-Schuldscheine.	3½	92,25 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	131,75 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,50 bz
Pfandbr. Berliner	4½	101,80 bz
Pfandbr. Pommersche	3½	84,50 bz
Pfandbr. Posensche neue	4	94,90 bzG
Pfandbr. Schlesische	3½	85,75 G
Rentenbriefe Kur- u. Neumärk.	4	97,80 bz
Rentenbriefe Pommersche	4	97,20 bz
Rentenbriefe Posensche	4	96,90 bz
Rentenbriefe Preussische	4	97,10 bz
Rentenbriefe Westfäl. u. Rhein.	4	98,90 bz
Rentenbriefe Sächsische	4	99,20 bz
Rentenbriefe Schlesische	4	97,70 bz
Badische Präm.-Anl.	4	123,30 bzG
Baierische 4% Anleihe	4	123,20 bzG
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	109,25 bzG

Kurh. 40 Thaler-Loose 258 bz
Badische 35 Fl.-Loose 138,50 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 83,60 bz
Oldenburger Loose 138,60 bz

Ducaten 9,56 bz	Fremd. Bkn. 99,85 G
Sover. 20,44 bz	einl. i. Leip. — —
Napoleons 16,29 G	Oest. Bkn. 176,75 bz
Imperials — —	Russ. Bkn. 263,70 bz
Dollars — —	

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Obl.	5	101,20 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	99,00 bzG
do. do.	5	100,90 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfd.	4½	95,75 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,25 bz
Unkünd. do. (1872)	5	101,50 bz
do. rückzb. à 110	5	106,20 bz
do. do. do.	4½	98,50 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B	5	—
do. III. Em. do.	5	103,46 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	99,70 G
Hyp.-Anth. Nord.-G. C. B	5	101,00 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	105,75 G
do. do. II. Em.	5	101,75 G
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	109,50 bz
do. do. II. Em.	5	106,75 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	103,10 bzG
do. 4½ do. do. m. 110	4½	96,30 B
Meininger Präm.-Pfdb.	4	103,40 bzG
Oest. Silberpfandbr.	5½	59,00 bz
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	53,50 bz
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	89,00 B
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100,25 B
do. do.	4½	96,00 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,30 G
do. do. 4½%	4½	98,00 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	56 bz

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente (1./1.1./7. u. 1./4.1./10.)	4⅕	62,25-62-25 bz [1./4.1./10. 62,25-
do. Papierrente (1./2.1./8. u. 1./5.1./11.)	4⅕	59,40 bzG [25 [1./5.1./11. 59. [bz
do. 64er Präm.-Anl.	4	107,25 b [40 bz
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	114 bzG
do. Credit-Loose	—	340,70 bz
do. 64er Loose	—	291,10 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	177,00 etbz
do. do. 1866	5	176,90 etbz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	85,70 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	91,10 G
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	87,20 G
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	— —
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	— —
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,40 bzG
do. do. 1885	6	100,75 bzG
do. 5% Anleihe	5	101,70 etbzG
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	71,50 bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	106,80 G
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	4	77,90 bz
Rumänische Anleihe.	8	103,25 G
Türkische Anleihe	5	18,50 bzG
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	72,70 G

Schwedische 10 Thlr.-Loose 49,50 bz
Finnische 10 Thlr.-Loose 40,75 bz
Türken-Loose 41,50 B

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg-Märk. Serie II.	4½	99,60 B
do. III, v. St. 3½ g.	3½	85,75 bz
do. do. VI.	4½	97,25 G
do. Hess. Nordbahn	5	103,90 B
Berlin-Görlitz	5	102,10 G
do.	4½	92,75 G
do. Lit. C.	4½	91,60 B
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	97,25 G
do. do. E.	4½	—
do. do. F.	4½	— —
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	92,00 B
do. do. J.	4½	90,40 B
do. do. K.	4½	90 B
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	— —
do. Lit. B.	4½	99,25 etbz
do. IV.	4	92,50 B
do. V.	4	90,50 bzG
Halle-Sorau-Guben	5	90,00 bzB
Hannover-Altenbeken	4½	94 B
Märkisch-Posener	5	— —
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	97,25 B
do. do. II. Ser.	4	95,50 G
do. do. Obl. I. u. II.	4	97,50 B
do. do. III. Ser.	4	— —
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	—
do. D.	4	92,00 G
do. E.	3½	85,60 bzG
do. F.	4½	100,50 G
do. G.	4½	98,80 G
do. H.	4½	101,00 bz
do. von 1869	5	103,75 bzG
do. von 1873.	4	—
do. von 1874.	4½	97,75 bz
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	92,50 G
do. do.	5	103,75 G
do. Stargard-Posen	4	92,00 G
do. do. II. Em.	4½	99,50 B
do. do. III. Em.	4½	99,50 B
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	96,60 B
Ostpreuss. Südbahn	5	102,70 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	104 B
Schlesw. Eisenbahn	4½	99,75 G
Chemnitz-Komotau	5	25,00 G
Dux-Bodenbach.	5	64,00 bz
do. II. Emission	5	39,90 bz
Prag-Dux	fr.	—
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	84,80 bz
do. do. neue	5	82,10 B
Kaschau-Oderberg	5	63,75 bz
Ung. Nordostbahn	5	59,90 bzB
Ung. Ostbahn	5	58,25 bzB
Lemberg-Czernowitz	5	66,00 G
do. do. II.	5	71,90 bz
do. do. III.	5	61,60 bz
Mährische Grenzbahn	5	64,10 bz
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	23 G
do. II.	fr.	— —
Kronpr.-Rudolf-Bahn	5	69,00 bz
Oesterr.-Französische	3	321,50 bzG
do. do. II.	3	307,40 B
do. südl. Staatsbahn	3	247,70 bz
do. neue	3	248,40 bz
do. Obligationen	5	81,60 etbzG
Warschau-Wien II.	5	98,50 bz
do. III.	5	95,80 B
do. IV.	5	92,50 G
do. V.	5	89,00 bz

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1874	1875	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1	—	4	24,40 bzB
Berg.-Märkische	3	—	4	83-82,80 bz
Berlin-Anhalt	8⅝	—	4	103,75 bzB
Berlin-Dresden	5	—	5	33,25 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	42-42,25 bz
Berlin-Hamburg	12½	—	4	172 bz
Berl. Nordbahn	0	—	fr.	— —
Berl.-Potsd.-Magdb.	1⅝	—	4	77 bz
Berlin-Stettin	9 11/20	—	4	127,50 bzG
Böhm. Westbahn	5	5	5	88,50 bzB
Breslau-Freib.	7⅝	—	4	80,50 bz
Cöln-Minden	6 9/20	—	4	101 bzG
do. Lit. B.	5	5	5	97,25 bzB
Cuxhaven. Eisenb.	6	6	6	— —
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	8,80 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	8⅝	—	4	86-85,60 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	12 bzG
Hannover-Altenb.	0	—	4	17,50 bz
Kaschau-Oderberg	5	—	5	59 bzB
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	53 bzB
Ludwigsh.-Bexb.	9	—	4	179 bz
Märk.-Posener	0	—	4	22,10 bz
Magdeb.-Halberst.	3	—	4	63,50 bzB
Magdeb.-Leipzig	14	—	4	230 bzB
do. Lit. B.	4	—	4	94 G
Mainz-Ludwigsh.	6	—	4	101,10 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	98,10 G
Oberschl. A.C.D.E.	12	—	3½	142,50-25 bz
do. B.	12	—	3½	132 bz
Oesterr.-Fr. St.-B.	8	—	4	499,50-99 bz
Oest. Nordwestb.	5	—	5	243,50 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	1⅝	—	4	190,50-99 bz
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	28,80 bzG
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	4	106,50 bzG
Reichenberg-Pard.	4½	4½	4½	56,50 bz
Rheinische	8	—	4	117,40 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	93 G
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	16,40 bzG
Rumän. Eisenbahn	4	—	4	26 bz
Schweiz Westbahn	0	—	4	17 bzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101,40 B
Thüringer Lit. A.	7⅝	—	4	115 bz
Warschau-Wien.	10	—	4	201,25 bzG

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	4	—	5	80 bzG
Berliner Nordbahn	0	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	0	5	29,50 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	22,50 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	37,90 bz
Kohlfurt-Falkenb.	2½	—	5	46,50 bz
Märkisch-Posener	0	—	5	66 bzB
Magdeb.-Halberst.	3⅝	3½	3½	61,25 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	89,60 bz
Ostpr. Südbahn	3½	—	5	73,25 bz
Pomm. Centralb.	0	—	fr.	— —
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	5	109 bz
Rumänier	8	8	8	83 bzB
Saal-Bahn	2⅝	0	5	28,75 bz
Weimar-Gera	3	2½	5	29,25 bz

Bank-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G.	5	0	4	conv. 23,90 G
Anglo Deutsche Bk.	0	3	4	56,50 G
Berl. Kassen-Ver.	19⅕	17,7	4	188 bzG
Berl. Handels-Ges.	7	5	4	91 bzG
do. Prod.-u. Hdls.-B.	10½	6½	4	86 bzG
Braunschw. Bank.	7½	-	4	90 bzG
Bresl. Disc.-Bank	4	—	4	66 bzG
Bresl. Maklerbank	0	—	4	— —
Bresl. Makl. Ver.-B.	4	4	4	— —
Bresl. Wechslerb.	3½	4	4	67 G
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	2½	4	64,50 bz
Danziger Priv.-Bk.	6	7	4	115,60 G
Darmst. Creditbk.	10	6	4	111,30 bz
Darmst. Zettelbk.	6½	5¼	4	95,50 B
Deutsche Bank	5	—	4	78 bzB
do. Reichsbank	—	—	4½	159,25 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	7½	4	94,30 bz
Deutsche Unionsb.	3	6	fr.	79 bzG
Disc.-Comm.-Anth.	12	—	4	128,50 bz
Genossensch.-Bnk.	6	5½	4	91,50 G
do. junge	6	5½	4	96,75 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	4	18,90 G
Goth. Grundcredb.	9	—	4	107,50 bz
Hamb. Vereins.-B.	11⅔	9⅘	4	116,75 G
Hannov. Bank	6⅔	6 7/15	4	101 bzG
do. Disc.-Bank	0	—	4	87,75 B
Königsb. Ver.-Bank	5½	5¼	4	83,25 G
Ldw.-B. Kwilecki	6½	—	4	—
Leipz. Cred.-Anst.	9⅝	7	4	123 G
Luxemburg. Bank	9	—	4	105,25 G
Magdeburger do.	5½	5½	4	104,25 bz
Meininger do.	4	—	4	77,50 bzG
Moldauer Lds.-Bk.	3	—	4	—
Nordd. Bank	10	6⅔	4	130,25 G
Nordd. Grundcr.-B.	9½	9	4	101,99 bzG
Oberlausitzer Bk.	0	2	4	64 B
Oest. Cred.-Actien	6⅝	—	4	307,50-8 bz
Posner Prov.-Bank	6	2½	4	99 bzG
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	100,90 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	118,75 G
Sächs. Bank	10½	—	4	120,10 bz
Sächs. Cred.-Bank	5	5½	4	81 G
Schl. Bank-Verein	6	—	4	82,50 G
Schl. Vereinsbank	5	—	4	87,50 G
Thüringer Bank	6	—	4	74 bzG
Weimar. Bank	5½	—	4	57 bzG
Wiener Unionsb.	8	—	4	126 bz

(In Liquidation.)

Berliner Bank	0	—	fr.	86,75 etbzG
Berl. Bankverein	4½	0	fr.	80 bzG
Berl. Lombard-B.	0	—	fr.	5,25 bzG
Berl. Prod.-Makl.-B.	0	—	fr.	— —
Berl. Wechsler.-B.	0	—	fr.	37 G
Br.-Pr.-Wechsl.-B.	0	—	fr.	— —
do. Hand. u. Entrep.	0	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	0	—	fr.	89,25 bz
Hessische Bank	0	—	fr.	57 B
Ndrschl. Cassenv.	0	—	fr.	— —
Ostdeutsche Bank.	6	—	fr.	81,75 G
Pos. Pr.-Wechsl.-B.	0	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	0	—	fr.	50 B
Pr. Wechsler-Bnk.	0	—	fr.	—
Schl. Centralbank	2	—	fr.	—
Ver.-Bk. Quistorp	0	—	fr.	8,60 bz

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd-A.	7½	—	fr.	121 B
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	17,60 bzG
do. Reichs-u. Co.-E.	4	—	4	70,75 bzG
Märk. Sch. Masch. G.	0	—	4	18,60 bzG
Nordd. Gummifab.	5½	—	4	50 bz
do. Papierfabr.	4	—	4	19 B
Westend, Com.-G.	0	—	fr.	4,60 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18⅗	18	4	125,10 bzG
Schles. Feuervers.	17	—	4	590 G
Donnersmarkhütte	4	—	4	19 B
Dortm. Union	0	—	4	10,90 bzG
Königs- u. Laurah.	16	—	4	60 bz
Lauchhammer	0	—	4	23,75 bzG
Marienhütte	7½	—	4	66,50 G
Moritzhütte	0	—	4	20 G
OSchl. Eisenwerke	1	—	4	6 B
Redenhütte	0	—	4	4 bzB
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	13 B
Schl. Zinkh.-Actien	7	—	4	82,10 bzG
do. St.-Pr.-Act.	7	—	4½	88,50 bzG
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	52 G
Vorwärtshütte	1	—	4	15,50 G
Baltischer Lloyd	0	—	4	37 G
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	20,25 B
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	6⅔	4	49,50 B
do. ver. Oelfabr.	5	—	4	48,75 G
Erdm. Spinnerei	4	—	4	25,75 G
Görlitz. Eisenb.-B.	2½	—	4	43 B
Hoffm's Wag. Fabr.	0	—	4	13,50 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	2	0	4	30 bzG
Schl. Leinenind.	7½	—	4	86 G
S. Act.-Br. (Scholtz)	0	—	fr.	— —
do. Porzellan	0	—	4	19 G
Schl. Tuchfabrik	0	—	4	— —
do. Wagenb.-Anst.	0	6	fr.	2,50 G [81 G conv
Schl. Wollw.-Fabr.	0	—	4	26 G
Wilhelmshütte MA.	4	—	4	46,50 G

Berlin, 9. März. [Productenbericht.] Für Roggen war die Stimmung etwas fester, aber bei sehr beschränktem Verkehr auf Termine ist nur eine ganz geringe Preisbesserung eingetreten. Loco wenig Handel, Zufuhr schwach, Begehr zurückhaltend. — Roggenmehl still. — Weizen ohne wesentliche Aenderung und sehr wenig belebt. — Hafer loco unverändert, Termine höher; es fehlte an Verkäufern. — Rüböl flau und besonders nahe Sichten erheblich billiger verkauft. — Spiritus sehr matt; zu nachgebenden Preisen war der Handel schwerfällig.

Weizen loco 175—215 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, pr. April-Mai 195—194½ M. bez., pr. Mai-Juni 199—198½ M. bez., pr. Juni-Juli 203½—202½ M. bez., pr. Juli-August 205½ M. bez., pr. August-September — M. bez., pr. September-October 208½ M. bez. — Roggen loco 148—158 M. nach Qualität gefordert, russischer 149—150½ M. bez., polnischer 150½—151½ M. bez., inländischer 155—158 M. ab Bahn bez., pr. Frühjahr 150½—149½ M. bez., pr. Mai-Juni 149 M. bez., pr. Juni-Juli 149½ M. bez., per Juli-August 149½ M. bez., pr. August-September — M. bez., pr. September-October 151 M. bez. — Gerste loco 132—177 M. nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loco 135—182 M. nach Qualität gefordert, ostpreußischer 150—174 M., westpreußischer 150—174 M., russischer 160—174 M., pommerscher 170 bis 176 M., mecklenburgischer 170—176 M., böhmischer 170—176 M. ab Bahn bez., pr. Frühjahr 162—162½ M. bez., pr. Mai-Juni 162½—163 M. bez., pr. Juni-Juli 163½ M. Br. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Erbsen: Kochwaare 172—210 M., Futterwaare 165—170 M. — Weizenmehl pr. 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 27,00—26,00 M. bez., Nr. 00: — M. bez., Nr. 0 und 1: 25,50—24,00 M. bez. — Roggenmehl Nr. 0: 23,50—22,00 M., Nr. 0 und 1: 21,00—19,50 M. bez. — Roggenmehl pr. 100 Kilo Br. incl. Sack Nr. 0 und 1: April-Mai 20,85 M. bez., pr. Mai-Juni 20,95 M. bez., pr. Juni-Juli 21,10—21,05 M. bez., pr. Juli-August 21,10—21,05 M. bez., pr. August-September — M. bez., pr. Februar-März 20,70 M. bez., pr. März-April 20,70 M. bez. — Rüböl per 100 Kilo netto loco ohne Faß 59 M., pr. April-Mai 60,1 bis 59,8 M. bez., pr. Mai-Juni 60,6—2 M. bez., pr. September-October 62 bis 61,3 M. bez., pr. Februar-März 60,1—59,8 M. bez., pr. März-April — M. bez. — Gekündigt 400 Ctnr. Kündigungspreis 60 M. — Leinöl loco 58 M. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß, 28 M., pr. September-October 25 M. bez., pr. Februar-März 26,2 M. bez.

Spiritus loco „ohne Faß" per 10,000 pCt. 43,3 M. bez., „mit Faß" pr. April-Mai 45,2—44,8 M. bez., pr. Mai-Juni 45,7—3 M. bez., pr. Juni-Juli 46,9—6 M. bez., pr. Juli-August 48,3—47,1 M. bez., pr. August-September 49,2—49 M. bez., pr. Februar-März 44,2 M. nom., pr. März-April 44,2 M. nom. — Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — M.

⊕ **Breslau**, 10. März, 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war von keiner Bedeutung, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen, bei schwächerem Angebot preishaltend, pr. 100 Kilogr. schles. weißer 15,70 bis 18,00—19,50 Mark, gelber 15,50—16,75—18,50 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, nur feine Qualitäten gut verkäuflich, per 100 Kilogr. 13,80 bis 14,50 bis 16,20 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste in gedrückter Stimmung, per 100 Kilogr. 12,50—14,50 bis 15,50 Mark, weiße 16,00—17,00 Mark.

Hafer gut behauptet, per 100 Kilogr. 15,20—16,50—17,80 Mark, feinster über Notiz.

Mais leicht verkäuflich, per 100 Kilogr. 11,00 bis 12,50 Mark.

Erbsen gut behauptet, per 100 Kilogr. 17—18—20,50 Mark.

Bohnen gut behauptet, per 100 Kilogr. 14,80—15,80—16,50 Mk.

Lupinen, nur feine trockene Qualitäten beachtet, per 100 Kilogr. gelbe 9,60—11,30 Mark, blaue 9,50—11,40 Mark.

Wicken stärker angeboten, per 100 Kilogr. 18,00—19,00—21,00 Mark.

Oelsaaten ohne Frage.

Schlaglein matter.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.						
Schlag-Leinsaat	27	—	25	—	22	25
Winterraps	30	—	29	—	28	—
Winterrübsen	29	—	28	—	26	—
Sommerrübsen	30	25	29	25	27	50
Leindotter	26	—	25	—	24	—

Rapskuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 7,30—7,60 Mark.

Leinkuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 9,20—9,70 Mark.

Kleesamen schwach zugeführt, rother unverändert, pr. 50 Kilogr. 56—61 bis 63—68 Mark, — weißer blieb gefragt, pr. 50 Kilogr. 78—85—88—90 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee sehr fest, pr. 50 Kilogr. 30—32—36,50 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Klgr. Weizen fein alt 29,25—30,25 Mark, neu 25,50—26,25 Mark, Roggen fein 25,50—26,50 Mark, Hausbacken 24,25—25,25 Mark, Roggen-Futtermehl 10—11 Mark, Weizenkleie 8 bis 8,75 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

März 9. 10.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	322''',63	321''',62	323''',60
Luftwärme	+ 4°0	+ 6°4	+ 2°1
Dunstdruck	2''',14	2''',40	1''',90
Dunstsättigung	75 pCt.	68 pCt.	79 pCt.
Wind	SW. 4	SW. 2	SW. 1
Wetter	trübe.	wolkig.	trübe.

Breslau, 10. März. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 98 Cm. U.-P. 2 M. 80 C.

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 9. März, Abends. Das österreichische Comite des Generalraths der Anglobank stellte die Bilanz für 1875 fest. Die Gewinne betragen 2,414,000 Gulden, die Verluste 5,103,000 Gulden, das Verlustsaldo somit 2,689,000 G., zu dessen Abschreibung der Reservefonds (gegenwärtig 3,969,000 G.) herangezogen wird. Aus dem Reservefonds sollen außerdem 600,000 G. als Dividende von 3 G. per Actie vertheilt werden.

Paris, 9. März, Abends. Das neue Cabinet ist constituirt: Dufaure, Vicepräsident des Conseils und Justizminister; Ricard, Inneres; Decazes, Auswärtiges; Cissey, Krieg; Fourichon, Marine; Leon Say, Finanzen; Christophle, Arbeiten; Teisserenc, Ackerbau, Handel; Waddington, Unterricht.

Versailles, 9. März, Abends. Kammersitzung. Grevy übernahm den Vorsitz dankend, indem er die Wahrung der Prärogative der Kammer und seine Unparteilichkeit zusichert. Hierauf folgen Wahlprüfungen. Von den durch die Abtheilungen der Kammer gewählten Vorsitzenden gehören 6 der Linken, 2 der äußersten Linken und 3 dem linken Centrum an.

London, 9. März, Abends. Unterhaus. Campbel kündigt einen Antrag auf eine Resolution an, wonach es inopportun für England sei, an irgendwelcher Abmachung zur Erleichterung der vom Khedive aufzunehmenden Anleihe theilzunehmen.

London, 9. März. Der deutsche Torpedo-Dampfer „Ziethen" von 860 Tonnengehalt ist heute Nachmittag in Blackwall vom Helling der „Thames Iron Works" vom Stapel gelassen und zum Zweck des Einsetzens der Maschinen nach Deptford bugsirt worden.

Zara, 9. März. Der Statthalter von Dalmatien, Feldzeugmeister v. Rodich, begiebt sich in Folge besonderer Weisung des Grafen Andrassy abermals nach dem Insurrectionsgebiet und wird mit dem türkischen Gouverneur des Vilayets conferiren.

New-York, 8. März. Der Dampfer „Helvetia" der National-Dampfschiffs-Compagnie (C. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.